Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Für den Raum der einspalt. Diamantzeile 10 Goldpfennige, von Inserenten direkt aufgegebene Anzeigen aus dem Verbreitungsbezirk 6 Goldpfennige. Familienanzeigen, Stellen- u. Wohnungsgesuche 3 Goldpfg. Reklamezeile 50 Goldpfg. Rotationsdruck und Verlag der Kamener Zeitung G. m. b. H. in Kamen. Geschäftsstelle: Kamen, Markt 15, Fernspr. 1.

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der Märkischen Zeitung.
Unfall-Unterstützung entsprechend den Bedingungen.

Erscheint täglich.
Bezugspreis für den lfd. Monat 2 Goldmark. Falls wir in der Herausgabe oder Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Für die Redaktion verantwortlich: H. Schubert, Kamen.

Nr. 63 (1. Blatt) | **Montag, den 16. März 1925** | **53. Jahrgang.**

Der Völkerbundrat an Deutschland.

Der Völkerbundrat hat am Sonnabend den Text der Note zur Beantwortung der deutschen Note endgültig angenommen und vor Beginn der öffentlichen Ratssitzung telegraphisch dem Reichsminister des Aeußern, Dr. Stresemann, zugesandt. Die Note besagt:

Der Völkerbundrat hat mit Genugtuung Kenntnis genommen von der Absicht, die die deutsche Regierung ausspricht, den baldigen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund anzustreben. Die deutsche Regierung hat bereits die zehn im Völkerbundrat vertretenen Regierungen befragt und von ihnen begründete Antworten erhalten. Der Völkerbundrat, der sich aus den Vertretern dieser selben Regierungen zusammensetzt, kann keine Bemerkung formulieren, die mit diesen Antworten in Widerspruch stünde. Daher freut es ihn auch, zu erfahren, daß die der deutschen Regierung zugegangenen Antworten dieser Regierung befriedigend erschienen. Der Völkerbundrat bemerkt, daß die deutsche Regierung, was die Bedingungen angeht, unter denen Deutschland in den Völkerbund einzutreten wünscht, auf jede Absicht verzichtet, „besondere Vergünstigungen für Deutschland zu fordern", aber daß sie erwarte, dieser Eintritt werde sich auf dem Fuß der Gleichberechtigung vollziehen. Der Völkerbundrat stellt fest, daß die zehn befragten Regierungen mit dieser Bedingung vollständig einverstanden sind. Er selbst hält diesen Grundsatz der Gleichheit, der für alle sowohl gleiche Pflichten wie gleiche Rechte nach sich zieht, für eines der wesentlichen Elemente des Völkerbundes. Gleichzeitig glaubt er darauf aufmerksam machen zu dürfen, daß dieser Grundsatz wichtige Folgen für die von der deutschen Regierung betreffs Artikels 16 des Völkerbundpakts aufgeworfene besondere Frage mit sich bringt. Deutschland verlangt eine Ausnahmestellung nur mit Hinblick auf diesen Artikel und macht die deutsche Regierung auf die militärische Lage Deutschlands aufmerksam, so wie sie durch den Versailler Vertrag geschaffen wurde. Sie spricht die Befürchtung aus, daß, falls die im Artikel 16 vorgesehenen Maßnahmen zu Feindseligkeiten führen sollten, Deutschland nicht in der Lage wäre, sein Gebiet gegen militärische Invasion zu schützen. Die deutsche Regierung fügt hinzu, daß nach ihrer Ansicht es nur einen Ausweg aus der schwierigen Lage gibt, in der sie sich befinden würde: „dem Deutschen Reich muß für den Fall internationaler Verwicklungen die Möglichkeit gelassen werden, das Maß seiner aktiven Teilnahme selbst zu bestimmen." An einer andern Stelle widersetzt sich die deutsche Regierung dagegen, daß Deutschland bei seinem Eintritt in den Völkerbund gezwungen würde, auf „seine Neutralität zu verzichten."

Der Völkerbundrat hält es für unnötig, hierzu zu bemerken, daß Wesensart und Umfang der effektiven Teilnahme der Mitgliedstaaten an den in Ausführung des Paktes von den Mitgliedstaaten unternommenen militärischen Operationen sich notwendigerweise mit ihrer militärischen Lage ändert. Auf Grund der Bestimmungen des Völkerbundpaktes hat der Völkerbundsrat die Pflicht, anzuempfehlen, mit welchen Beständen des Heeres, der Flotte und der Luftstreitkräfte die Völkerbundmitglieder an der bewaffneten Macht mitwirken, die dazu dienen soll, den Völkerbundverpflichtungen Achtung zu verschaffen, und es ist Sache Deutschlands selbst zu erklären, bis zu welchem Grade es in der Lage sein würde, den Empfehlungen des Rates zu entsprechen. Der Völkerbundrat erinnert außerdem die deutsche Regierung daran, daß ein Mitgliedstaat des Völkerbundes und des Völkerbundrats stets an den Entscheidungen über die Anwendung der Grundsätze des Paktes teilnehmen würde.

Was die Wirtschaftsmaßnahmen betrifft, so entscheiden die Mitgliedstaaten des Völkerbundes selbst entweder einzeln oder auf Grund vorheriger Vereinbarung über die praktischen Maßnahmen, die zur Durchführung der allgemeinen von ihnen angenommenen Verpflichtung zu ergreifen sind.

Die Bestimmungen des Paktes erlauben jedoch nicht, sodald auf Grund des Artikels 16 eine Aktion unternommen würde, jedem Mitgliedstaat des Bundes einzeln darüber die Entscheidungsfreiheit zu lassen, ob er sich daran beteiligen soll. Der Völkerbundrat glaubt deutlich die Meinung ausdrücken zu müssen, daß jeder Vorbehalt in dieser Richtung geeignet wäre, die Grundlage des Völkerbundes zu untergraben, und daß er mit der Stellung eines Völkerbundmitgliedes selbst unvereinbar wäre. Es erscheint dem Völkerbundrat als unmöglich, daß ein Mitglied des Völkerbundes oder Völkerbundrats im Falle von gegen einen paktbrüchigen Staat eröffneten Operationen eine Haltung beibehält, die seinen Staatsangehörigen freiließe, sich den allgemeinen durch den Pakt auferlegten Verpflichtungen zu entziehen. Es ist kaum nötig, darauf hinzuweisen, daß andre Länder, deren Heereskräfte ebenfalls durch die Bestimmungen der bestehenden Verträge beschränkt worden sind, beim Eintritt in den Völkerbund vorbehaltlos die Verpflichtungen des Paktes angenommen haben.

Der Völkerbundrat hofft, daß diese Bemerkungen dazu beitragen werden, die Haltung seiner Mitglieder angesichts der von der deutschen Regierung aufgeworfenen Fragen zu erklären und wünscht zum Schluß, Deutschland den aufrichtigen Wunsch auszusprechen, daß es sich bald seinen Arbeiten anschließen und so für die Organisierung des Friedens die Rolle spielen möge, die seiner Stellung in der Welt entspricht.

Der erste Wahlaufruf.

Der Reichsblock für die Reichspräsidentenwahl erläßt als erste der Parteien einen Aufruf an das deutsche Volk; in dem es heißt: „Zum ersten Mal werden die deutschen Wähler und Wählerinnen am 29. März an die Wahlurne gerufen, um für sieben Jahre einen Reichspräsidenten zu wählen. An diesem historischen Tage müssen alle Grenzen der Partei, der Konfession und des Standes fallen. Die Wähler sollen nur den besten und würdigsten Mann berufen. Deshalb haben sich die Vertreter derjenigen Parteien, die fast die Mehrheit aller deutschen Wähler hinter sich wissen, gemeinsam mit Vertretern vaterländischer, wirtschaftlicher und kultureller Verbände zum Reichsblock vereinigt. Sie haben sich nach reiflicher Erwägung entschlossen, dem deutschen Volk für die Wahl zum Reichspräsidenten Herrn Oberbürgermeister Dr. Jarres in Duisburg, vormaligen Reichsminister des Innern und Vizekanzler zu empfehlen. Dabei war für den Reichsblock maßgebend, daß Herr Dr. Jarres ein Mann ist von großen Erfahrungen auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, ein lauterer Charakter, ein Mann des nationalen Fortschritts und kerndeutscher, christlicher Gesinnung, bewährt als Vorkämpfer deutscher Freiheit für Rhein und Ruhr. Herr Dr. Jarres vereinigt in sich die Eigenschaften guter deutscher Art und leistet Gewähr für eine sachliche, gerechte Führung der Geschäfte, für die Reinheit der Verwaltung in allen Dingen. Er hat in schwerster Zeit seine Person rücksichtslos für Staat und Volk eingesetzt. Er hat als Staatsmann die Einheit des Reiches in vertrauensvoller gemeinsamer Arbeit mit den Regierungen aller deutschen Länder gefestigt. Die vereinigten Parteien und Verbände fordern alle deutschen Frauen und Männer und die deutsche Jugend auf, für den Kandidaten des Reichsblocks zu stimmen. Bei stärkster Anspannung aller Kräfte kann der Sieg schon im ersten Wahlgang errungen werden. Unsere Parole ist: Die Einheit der Deutschen, die Reinheit des öffentlichen Lebens, das Staatswohl über den Parteigeist!"

Noch ein Kandidat.

Die Bayerische Volkspartei hat beschlossen, weder für die Kandidatur Jarres noch für die Kandidatur Marx zu stimmen, sondern einen eigenen Kandidaten in der Person des derzeitigen bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held aufzustellen. Dr. Held hat die ihm zugedachte Kandidatur bereits angenommen.

Auch Ludendorff wird aufgestellt?

Von einem Sonderberichterstatter wird dem Montagmorgen aus München gemeldet: Hitler forderte im Völkischen Kurier die Aufstellung eines Präsidentschaftskandidaten, in dem sich der Freiheitswille der deutschen Nation verkörpere. Gestern hat Ludendorff in dem Hitlerorgan eine Kundgebung veröffentlicht in der er seine ganze Kraft für das Volks- und Staatswohl zur Verfügung stellt. Hitler selbst hat alle bisher genannten Kandidaten, auch Jarres scharf abgelehnt. Der Berichterstatter meint, daß die offizielle Aufstellung Ludendorffs als Präsidentschaftskandidat der Völkischen unmittelbar bevorstehe.

Frau v. Oheimb tritt aus der D. V. P. aus

Die Abgeordnete der Deutschen Volkspartei Frau K. v. Oheimb hat dem Parteivorsitzenden Herrn Dr. Stresemann ihren Austritt aus der Deutschen Volkspartei erklärt. Als Grund ihres Austrittes gibt Frau von Oheimb die Haltung der offiziellen Führung der Partei in der Frage der Reichspräsidentenwahl an, die es ihr unmöglich mache, organisiertes Mitglied der Volkspartei zu bleiben. Frau v. Oheimb bekenne sich nach wie vor zu den Grundsätzen der Partei. — Gegen die genannte Abgeordnete schwebte ein Ausschlußverfahren. Frau v. Oheimb ist so der Entscheidung des Parteivorstandes zuvorgekommen.

Ueber die blutige Wahlversammlung in Halle

ist nach dem amtlichen Preußischen Pressedienst bisher festgestellt: In der kommunistischen Wahlversammlung, die von etwa 2000 Teilnehmern besucht war, hat ungeachtet eines vom Polizeipräsidenten der Versammlungsleitung rechtzeitig mitgeteilten Verbots des Auftretens ausländischer Redner ein englischer Redner das Wort ergriffen. Auf Veranlassung des überwachenden Beamten wies der leitende Polizeioffizier, nachdem er sich den Weg bis zur Rednertribüne gebahnt hatte, wiederholt den Versammlungsleiter und den Redner auf das ergangene Verbot hin. Um die beginnende Erregung der Versammlungsteilnehmer zu beruhigen, erklärte der Polizeioffizier, auf einem Tische stehend, mit lauter Stimme, daß die Versammlung als solche nicht gestört, nur die behördliche Anordnung durchgeführt werden solle. In diesem Augenblicke sah der Polizeioffizier, daß ein Mann auf der Galerie einen Revolver gegen ihn richtete und losschoß. Unmittelbar darauf fiel von der Galerie und aus dem Saal eine ganze Anzahl von Schüssen in so schneller Folge, daß die Beamten sich einer Maschinenpistole gegenüber glaubten. Als zu allem die Menge die Beamten aufs äußerste bedrängte, gaben nun auch diese zu ihrer Verteidigung in der Notwehr, ohne besonderen Befehl erhalten zu haben, Schüsse ab. Die Versammlungsteilnehmer verließen darauf panikartig den Saal. Bei dem Vorgang sind 7 Personen getötet worden und zwar 6, darunter 2 Frauen, durch Schüsse, ein siebenter ist im Gedränge erdrückt worden. Sechzehn Verwundete, unter diesen 8 mit Schußverletzungen, sind ärztlicher Behandlung zugeführt worden. Von den eingesetzten Schutzpolizeibeamten haben vier Hiebverletzungen zum Teil erheblicher Art erlitten. Von dem Regierungspräsidenten in Merseburg ist im Benehmen mit der Staatsanwaltschaft und den Gerichtsbehörden bereits ein Termin zur Einnahme des Augenscheins abgehalten. Hierbei sind unmittelbar neben dem Standort der Beamten zahlreiche Geschoßeinschläge festgestellt worden, auch haben sich im Saal und auf der Galerie Hülsen einer bei der Schutzpolizei nicht geführten Munition gefunden. Die Untersuchung zur vollständigen Aufklärung der höchst bedauerlichen Vorfälle ist bei den drei genannten Stellen im Gange und wird mit größter Beschleunigung durchgeführt.

Ein Zusammenstoß in Neukölln.

(W) In einer Mitteilung der Pressestelle des Berliner Polizeipräsidiums heißt es: Sonntag nachmittag passierte ein Zug von etwa 450 kommunistischen Demonstranten den Hermannsplatz in Neukölln. Sie brachten einen Straßenbahnwagen, der den Zug durchfahren wollte, gewaltsam zum Halten und ein Demonstrant schlug mit der Weichenstange auf den Führer ein. Die Verkehrsposten der Schutzpolizei versuchten den Täter zu sistieren. Der Festgenommene wurde nunmehr von den Demonstranten den Schutzleuten entrissen. Ein zu Hilfe eilender Schutzpolizeibeamter wurde ebenfalls von der Menge angegriffen und zu Boden geworfen. In höchster Bedrängnis gab nunmehr ein zufällig in Zivil des Weges kommender Polizeibeamter, der seinem gefährdeten Kameraden beigesprungen war, Schreckschüsse ab. Außerdem fielen Schüsse aus der Menge. Hierbei wurde einer der an dem Angriff auf die Beamten hauptsächlich beteiligten Demonstranten durch einen Oberschenkelschuß getroffen. Er ist kurz darauf noch vor Einlieferung ins Krankenhaus an Verblutung gestorben. Schließlich gelang es dem alarmierten Ueberfallkommando, die Menge durch gütliches Zureden zum Auseinandergehen zu veranlassen.

Der Magdeburger Prozeß.

Im neuen Rothardtprozeß teilte der Vorsitzende zu dem Zwischenfall in der Freitagsitzung, der durch die Frage „ob der Zeuge Scheidemann seinerzeit mit Ebert den Rücktritt des Kaisers verlangt habe" veranlaßt wurde, mit, daß die Verteidigung gebeten habe, noch keinen Beschluß zu fassen. Rechtsanwalt Lütgebrune erklärt, daß der Zeuge die Frage durch eine Aeußerung veranlaßt habe. Sie solle nicht den Unterbau zu einem neuen Tatsachenkonflikt bilden, sondern darauf beschränkt werden, ob der Zeuge den in seinem Buch abgedruckten Brief vom 20. Oktober 1918 an den Prinzen Max von Baden geschrieben hat. Da die Angelegenheit in die Staatssekretärzeit Scheidemanns fällt, erklärt ich die Verteidigung bereit, die Frage zurückzustellen, bis eine Aussagegenehmigung vorliege. — Als nächster Zeuge wurde der Vizekanzler a. D. v. Payer aufgerufen. Der Zeuge schilderte Ebert als einen ruhigen, besonnenen und gemäßigten Mann, als einen Mann mit festen Grundsätzen, der immer für sachliche Arbeit gewesen wäre. Im Kriege sei Ebert durchaus vaterländisch gesinnt gewesen und habe sich stets mit allen Kräften dafür eingesetzt, daß der Krieg zu einem günstigen Abschluß gebracht werde. Ich kann nicht sagen, so betonte v. Payer, daß irgend jemand während des Krieges mehr Vaterlandsliebe zeigte als Ebert, obwohl er es bei der oppositionellen Stellung des linken Flügels der Sozialdemokratie nicht leicht hatte. Ebert hat sich stets energisch für die Bewilligung der Kriegskredite eingesetzt. v. Payer berichtete dann, wie er am 30. Januar 1918 nach Berlin gekommen wäre, um sein Amt als Vizekanzler anzutreten. Auf dem Bahnhof war er auf Veranlassung von Ebert und Scheidemann von einem Bekannten empfangen worden. Die beiden Parlamentarier baten im Hinblick auf den Munitionsarbeiterstreik dringend um eine Unterredung, in der sie dann die Lage schilderten und betonten, daß sie auf Drängen der Betriebe in die Streikleitung eingetreten wären, um den Streik möglichst schnell durch eine Verständigung zu Ende zu bringen.

Als nächster Zeuge wurde der frühere Staatssekretär Wallraf vernommen. Er sprach über die beiden Sitzungen des Hauptausschusses des Reichstags vom 22. und 26. Januar. In der ersten Sitzung hätte Ebert sich zu dem Streik in Oesterreich geäußert und gesagt, daß die Sozialdemokraten und Arbeiter Deutschlands den Streik mit voller Sympathie begrüßt und ihre volle Solidarität erklärt hätten. Nachdem Wallraf weitere Angaben über diese beiden Sitzungen gemacht hatte, kam er auf die Vorgänge zu sprechen, über die Scheidemann in der Verhandlung am Freitag sich geäußert hat. Er habe, ehe Scheidemann zu ihm gekommen sei, mit diesem sich telephonisch ausgesprochen und habe ihm gesagt, er sei jederzeit für die Abgeordneten zu sprechen; mit den streikenden Arbeitern zu verhandeln, müsse er, da es sich um politische Dinge handle, ablehnen. Staatsanwaltschaftsrat Dr. Doßmann: Was hielt die Regierung damals für vorteilhafter, den Streik durch schnelle Verhandlungen, wenn sie überhaupt möglich waren, friedlich beizulegen, oder ihn zu unterdrücken? Wallraf: Ich bin noch heute der Meinung, daß, wenn die Regierung Verhandlungen über den Streik hätte herbeiführen wollen, der Streik bedeutend größern Umfang angenommen hätte. Er war der erste große politische Streik während des Krieges.

Gegen den Schiedsspruch im Eisenbahnerstreik.

Eine Versammlung der streikenden Eisenbahner Großberlins nahm zu dem ergangenen Schiedsspruch Stellung. Der Vertreter des Deutschen Eisenbahnerverbandes, Dressel, betonte, daß man den Weisungen der Organisation in jedem Falle, also auch der Aufforderung zur Wiederaufnahme der Arbeit im Falle einer Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches Folge leisten müsse. Die Versammlung nahm eine Entschließung an, in der die Ablehnung des Schiedsspruches durch die Eisenbahner erklärt wurde. Auch über mehrere von radikalerer Seite eingebrachte Entschließungen, in denen die Aufforderung zum Generalstreik gefordert wird, wurde unter dem Druck der Versammlung abgestimmt und wie die Blätter melden, mit großer Mehrheit angenommen. In einer Konferenz, die der Bezirksvorstand und die Vertreter aller streikenden Ortsgruppen des Deutschen Eisenbahnerverbandes, Bezirk Sachsen, gestern in Dresden abhielt, wurde gleichfalls der gefällte Schiedsspruch abgelehnt und der Hauptvorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes beauftragt, den Kampf sofort weiter zu verbreiten. Ferner wurde beschlossen, daß keine Streikenden im Bezirk Sachsen die Arbeit wieder aufzunehmen hätten, wenn die Reichsbahn-Hauptverwaltung hierzu auffordern sollte.

Am Sonnabend sind in Hannover die Güterbodenarbeiter in den Streik getreten. Insgesamt streiken rund 11 000 Arbeiter, das sind 2,6 Prozent.

Vor einer neuen Weltkonferenz.

Der Genfer Berichterstatter des Daily Telegraph schreibt: In gut unterrichteten Kreisen werde erwartet, daß das Schicksal Europas in den nächsten Monaten entschieden werde, nicht direkt durch den Völkerbund, sondern durch eine Welt-Konferenz, welche die Vereinigten Staaten ebenso wie Deutschland einschließen werde.

Westfalen und Rheinland.

Kamen, 16. März. **(Verschiedenes.)** In der 9. Jahreswoche vom 22. bis 28. Februar sind im Landkreise Hamm folgende Fälle von **übertragbaren Krankheiten** amtlich gemeldet worden: Erkrankungen an Diphtherie 1 (Bergkamen), Tuberkulose 3, Scharlach 1 (Werries); Todesfälle durch Tuberkulose 2, Grippe 2 (je 1 Altenbögge, Westick). — Im ganzen Regierungs-Bezirk Arnsberg betrug die Zahl der Krankheitsfälle (Todesfälle eingeklammert) bei Diphtherie 47 (2), Schlafkrankheit 2 (5), Kindbettfieber 14 (5), Tuberkulose 200 (66), Scharlach 24 (1), Unterleibstyphus 10, Paratyphus 9 (1), Grippe (7), Ruhr 7 (2), Genickstarre 2, Kinderlähmung 1, Fleischvergiftung 30.

Die auf den Stichtag des 11. März berechnete **Großhandelsindexziffer** des Statistischen Reichsamtes ist gegenüber vom 5. März (136,7) um 0,3 v. H. auf 136,3 zurückgegangen.

(100 Millionen Spareinlagen in Westfalen.) Die Spareinlagen bei den westfälischen Sparkassen im Monat Februar 1925 haben mit 103 Millionen die ersten 100 Millionen Mark überschritten. Eine höchst erfreuliche und bemerkenswerte Tatsache, wenn man bedenkt, daß die Spareinlagen vor einem Jahr nur 9 Millionen Mark betrugen! Die Zunahme der Spareinlagen betrug im Februar 12 Millionen Mk. Die Giroeinlagen haben sich um 6 Millionen auf 67 Millionen Mark erhöht. Der Gesamteinlagenbestand bei den westfälischen Sparkassen hat mithin eine Höhe von 170 Millionen Mark erreicht. Es wurden 19 000 neue Sparbücher ausgestellt. Auch für den laufenden Monat März ist wieder ein günstiges Ergebnis zu erwarten.

*

Steuerabzug vom Arbeitslohn.

Vom Finanzamt Hamm wird uns mitgeteilt: Vom 1. März 1925 ab sind Erleichterungen für den Fall zugelassen, daß die Steuerabzugsbeträge bei einem Arbeitgeber 50 ℳ monatlich nicht übersteigen. Daraus ergibt sich folgendes:

a) Die einbehaltenen Steuerabzugsbeträge müssen, wenn sie in einem Kalendermonat für die sämtlichen, bei einem Arbeitgeber beschäftigten Arbeitnehmer den Betrag von 50 R.-M. nicht übersteigen, spätestens am 5. des folgenden Monats abgeführt werden.

b) Wenn jedoch die in einer Monatsdekade einbehaltenen Beträge allein oder zusammen mit den für die vorhergehende Dekade noch nicht abgeführten Beträgen 50 R.-M. übersteigen, so sind sie zusammen mit den etwa rückständigen Beträgen am Fälligkeitstage für die Dekade abzuführen, in der der Betrag von 50 R.-M. überschritten wird.

c) Die Regelung gilt nicht für das Markenverfahren.

Beispiel: Ein Arbeitgeber löhnt seine Arbeitnehmer wöchentlich Sonnabends. Es sind einbehalten: am 7. März 9 R.-M., am 14. März 10 R.-M., am 21. März 9,50 R.-M., am 28. März 12 R.-M., also zusammen 40,50 R.-M. Dieser Betrag braucht erst am 5. April abgeführt zu werden. — Es sind einbehalten worden: am 7., 14., 21., und 28. März je 18 R.-M. Am 21. März hat der rückständige Betrag 50 R.-M. überschritten. Gleichwohl braucht die Abführung der gesamten im März einbehaltenen Beträge (= 72 R.-M.) erst am 5. April (nicht am 25. März) zu erfolgen, da erst in der letzten Dekade des März der Betrag von 50 R.-M, überschritten worden ist. — Es sind einbehalten worden: am 7., 14., 21. und 28. März je 30 R.-M. Der am 7. März einbehaltene Betrag braucht am 15. März nicht abgeführt zu werden. Am 14. März hat der einbehaltene Betrag zusammen mit dem in der vorhergehenden Dekade einbehaltenen Betrag 50 R.-M. überschritten. Daher sind am 25. März 60 R.-M., am 5. April die übrigen 60 R.-M. abzuführen. Es sind einbehalten worden: am 7. März 60 R.-M., am 14. März 50 R.-M., am 21. und 28. März je 40 R.-M. Dann sind am 15. März 60 R.-M. und am 5. April 130 R.-M. abzuführen.

*

Betrügerische Sammler tauchen immer mehr auf. In der Nachbarschaft konnte dieser Tage eine Frau angehalten werden, als sie zugunsten von Kleinrentnern zu sammeln vorgab und zu diesem Zweck einen photographierten, also gefälschten Ausweis der Ortsgruppe Münster des Deutschen Rentnerbundes vorzeigte. Dieser Fall zeigt wieder, wie vorsichtig die Bürgerschaft Sammlern gegenüber sein muß. Man lasse sich stets den Originalausweis, der von der Polizei beglaubigt sein muß, vorzeigen. Gedruckte oder photographisch vervielfältigte Ausweise lassen in jedem Fall auf Schwindel schließen. In vorliegendem Falle kam noch hinzu, daß die angebliche Sammlerin gar nicht orientiert war über den Inhalt des Ausweises und die Einrichtungen der Kleinrentnerfürsorge.

Dortmund, 12. März. **(Verschiedenes.)** Der Kreisausschuß des Landkreises Dortmund beschloß in seiner letzten Sitzung u. a. die Beteiligung des Kreises an der Kraftverkehrs-A.-G. Westfalen mit dem anteiligen Betrage entsprechend seiner Einwohnerzahl und die Aenderung der von dem Kreistage beschlossenen Ordnung über Wegebauvorausleistungen. Die Förderung eines baldigen Ausbaues der Bahnstrecke Dortmund—Münster wurde als erwünscht bezeichnet. — Die Stadt erwarb die Fischbeinsche Besitzung, 2. Kampstraße 1—3, zum Preise von rund 145 000 Mk. Die Besitzung liegt in der Nähe der von der Stadt bereits erworbenen Wuppermannschen und Meininghausschen Grundstücke. — Hier fand eine Konferenz der Schulräte des Regierungsbezirks Arnsberg unter Leitung der Regierung statt. Im Mittelpunkt der Verhandlungen standen Fragen über das orthopädische Schulturnen für Rückenschwächlinge und die Verwendung des Lichtbildes in der Schule. — In der vorigen Woche wurden vom städtischen Trichinenschauamte auf dem Schlachthofe bei der Untersuchung von 75 Fässern mit Schweinefleisch beidem Inhalte von 10 Fässern Trichinen gefunden. Das beanstandete Fleisch wurde vernichtet. — Infolge der durch den gestrigen starken Schneefall zugewehten Straßenbahngleise entstanden mehrere Straßenbahnunfälle. So geriet ein Motorwagen der Linie 12, der sich vorwärtsarbeiten wollte, aus dem Gleise und fuhr mit dem Vorderperron auf den Bürgersteig. Der Wagen war vollbesetzt, jedoch haben Fahrgäste keinen Schaden erlitten. Ein anderer Motorwagen, der zur Aufräumung der Gleise benutzt wurde, sprang auf der Strecke ebenfalls aus dem Gleise und fuhr in die Fensterscheibe eines Schuhwarengeschäftes. Dabei wurden zwei Schaufensterscheiben zertrümmert und die Auslagen erheblich beschädigt. Der Führer dieses Motorwagens trug Gesichtsverletzungen durch Glassplitter davon. Auch auf der Strecke 2 sprang ein Motorwagen aus dem Gleise und fuhr dabei einen Baum um.

Hörde, 16. März. **(Verhaftung des Schwindlers Th. Köster.)** Wir berichteten kürzlich über das umfangreiche und raffiniert durchgeführte Schwindelmanöver des Kaufmanns Theodor Köster aus Menden, der auch hier ein kurzes Gastspiel gegeben hatte. Wie wir soeben erfahren, ist es den Bemühungen der Polizei gelungen, K. im Laufe des gestrigen Nachmittags in Iserlohn zu verhaften, worauf er dem Gerichtsgefängnis zugeführt wurde. Die weiteren Ermittlungen haben ergeben, daß sich Köster auch in Werl als Schwindler in großem Umfange erfolgreich betätigt hat und sich dort besonders auf den Motorradhandel legte. Ueber den zweifellos sehr beträchtlichen Umfang dieses Schwindelmanövers dürften die nächsten Wochen volle Klarheit bringen, wenn die Berichte der vielen auswärtigen Firmen vorliegen, die durch K. unter Vorspiegelung falscher Tatsachen um viele Tausende betrogen sind.

Wickede-Ruhr, 14. März. **(Seltener Punkt.)** Wenn man mitten auf der hiesigen Ruhrbrücke steht, kann man sagen, daß man mit einem Fuß in vier Kreisen steht. Ein Punkt, der wohl in ganz Deutschland nicht zu finden ist. An dieser Stelle treffen sich fast im Rechtwinkel die Kreise Hamm, Soest, Iserlohn und Arnsberg.

Hagen, 14. März. **(Selbstmordversuch im Zuge.)** In dem Zuge Brügge—Hagen schoß sich der 19jährige Fritz R. von hier eine Kugel in den Kopf. R. arbeitete in Rummenohl, verließ mit mehreren Arbeitskollegen die Fabrik, um nach Hause zu fahren. Zwischen den Stationen Delstern und Oberhagen suchte er den Abort auf. Plötzlich hörten die Mitreisenden dort einen Schuß fallen und stellten fest, daß R. sich in die rechte Kopfseite geschossen hatte. Arbeitskollegen verließen mit ihm in Oberhagen den Eisenbahnzug und brachten ihn zu einem Arzt, der einen Notverband anlegte und die Ueberführung in ein Krankenhaus veranlaßte. Was den jungen Menschen zu der Tat veranlaßt hat, konnte bisher nicht festgestellt werden. — Bei der Schlammentleerung eines Straßenkanalschachtes in der Schumannstraße wurde die Leiche eines neugeborenen Kindes vorgefunden. Die Kriminalpolizei hat sogleich die Nachforschungen nach der unnatürlichen Mutter aufgenommen.

Bielefeld, 14. März. **(Entlassen.)** Der durch die Erhöhung der Forderungen der Gewerkschaften verschärfte Konflikt in der Metallindustrie hat zur Entlassung der gesamten Belegschaft geführt.

Siegen, 12. März. **(Vom Massenmörder Angerstein.)** Von den als unterschlagen festgestellten 24 000 Mark kaufte Angerstein sich im Sommer und Herbst 1924 mehrere Grundstücke. Trotzdem nun bekannt ist, daß er weit über seine Verhältnisse gelebt hat, konnte aber bis zur Stunde nicht festgestellt werden, in welche Hände außerdem die unterschlagenen Gelder gelangten. Angerstein hat mit einem wahren Raffinement es verstanden, die Veruntreuungen geheim zu halten und seine Mitarbeiter von der eigentlichen Buchführung fernzuhalten. Infolgedessen blieben seine Betrügereien und Fälschungen so lange Zeit unentdeckt. Der Plan zu den Mordtaten ist nach Ansicht der Behörden in Angerstein gereift, als ihm zum erstenmal Verfehlungen nachgewiesen wurden, die seine baldige Entlassung im Gefolge haben mußten. Jetzt ist auch einwandfrei festgestellt, daß er die beiden Gärtner ermordete, um den Verdacht auf andere Personen zu lenken. Ueber das eigentliche Motiv zu seinen Bluttaten hat Angerstein bisher in Limburg noch gar keine Angaben gemacht. Er hat nur dem Untersuchungsrichter durchblicken lassen, daß sein Familienleben nicht so harmonisch war, wie es nach außen hin den Anschein hatte. Doch kann dieses Moment — darüber ist man sich einig — allein nicht die Ursache zu den Taten gewesen sein. Die Gründe zu den Morden müssen daher vorläufig noch in den Veruntreuungen und den damit zusammenhängenden Fälschungen gesucht werden. Der Schlußakt der Tragödie sollte bekanntlich das Niederbrennen der Villa sein. Wie überlegt er hierbei zu Werke gegangen ist, erhellt die Tatsache, daß Angerstein, um ein Löschen des Brandes zu verhindern, die Hochdruckbehälter seiner Wasserleitung leerlaufen ließ. Denn als man die Hydranten öffnete, kam kein Wasser. Ebenfalls hatte er, um ein schnelles Ausbreiten des Brandes zu bewirken, viele Gegenstände mit Benzol und Petroleum übergossen. Jetzt vermutet man auch in Angerstein mit absoluter Sicherheit den Brandstifter, der vor einigen Jahren das Besitztum des Angerstein in Niederscheld in Brand setzte, wobei damals der gesamte Hausrat vernichtet wurde. Auch dieses Feuer dürfte unzweifelhaft auf Angersteins Schuldkonto kommen. — Die Erhebung der Anklage gegen den Massenmörder Angerstein von Haiger zieht sich in die Länge. Augenblicklich wird er in der Magdeburger Klinik auf seinen Geisteszustand untersucht. Es ist damit zu rechnen, daß im Mai oder Juni die Verhandlung gegen ihn stattfinden wird. In Anbetracht dessen, daß die Verhandlungen einen außergewöhnlich breiten Raum einnehmen dürften, ist es nicht ausgeschlossen, daß eine besondere Sitzungsperiode anberaumt werden muß.

Elberfeld, 13. März. **Umfangreiche Scheckfälschungen** wurden auf den Postämtern aufgedeckt. Der Oberpostmeister Höllerhagen war an die Stelle des von den Franzosen vertriebenen Postmeisters in Hahnerberg eingesetzt worden. Höllerhagen führte ein sehr flottes Leben und geriet in Schulden. Durch umfangreiche Scheckschiebungen suchte er sich Vorschüsse zu verschaffen. Das Vertrauen, das er bei anderen Kollegen genoß, mißbrauchte er, und verschuldete die Hereinziehung einer ganzen Reihe im Dienst ergrauter Beamten in die Affäre. Als die Schiebungen entdeckt wurden, war die Schuldsumme schon auf über 2000 Mark angewachsen. Das Gericht verurteilte ihn zu sieben Monaten Gefängnis und billigte ihm mildernde Umstände zu, da der veruntreute Betrag inzwischen ersetzt war. Die übrigen 15 Beamten wurden freigesprochen, da nach dem Gutachten der Sachverständigen die Beamten in Unkenntnis gehandelt haben.

*

Die fortgesetzten unerhörten Einkerkerungen im besetzten Gebiet.

(W) **Düsseldorf**, 13. März. Die Zahl der von der französischen Besatzungsbehörde verhafteten Deutschen ist im Ruhrgebiete nach den letzten Ermittelungen außerordentlich groß. Sie beträgt insgesamt Anfang März 50 Personen. Von diesen saßen im Düsseldorfer Gefängnis 24 Personen. 18 von ihnen sind der Zugehörigkeit zu Rechtsorganisationen beschuldigt, die anderen Personen sind inhaftiert wegen Spielenlassens eines nationalen Liedes, wegen Bannbruchs, wegen Schlägereien und wegen Beleidigung. Ein wegen Waffenbesitzes inhaftierter Deutscher wurde am 6. März nach Zweibrücken abtransportiert. Im Bochumer Gefängnis sind 7 Deutsche untergebracht, in der Hauptsache wegen nebensächlicher Vergehen; einer von ihnen ist inhaftiert worden wegen eines Zusammenstoßes mit französischen Soldaten, der ganz im Anfang des passiven Widerstandes stattgefunden hat. Im Essener Gefängnis sitzen 3 Personen. Bei einer ist der Grund der Verhaftung zweifelhaft, bei einer zweiten erfolgte sie wegen der Zugehörigkeit zur Reichswehr und bei einer dritten wegen angeblicher Spionage. Im Gefängnis zu Anrath sind 8 Personen inhaftiert, bei denen es sich nach Ansicht der Besatzungsbehörde in der Hauptsache um solche Deutsche handelt, die im Jahre 1922 Angriffe auf Besatzungsangehörige unternommen haben sollen. Das Duisburger Gefängnis hat 10 Inhaftierte, von denen 3 Beamte sind, die als politische Verhaftete betrachtet werden müssen.

*

(W) **Düsseldorf**, 14. März. **(Von der deutschen Rohstahlgemeinschaft.)** Die am Donnerstag begonnenen Beratungen über die Aufhebung des ersten Kündigungsrechts im Vertrage der Rohstahlgemeinschaft zum 1. 11. 1925 wurden heute fortgesetzt mit dem Ergebnis, daß der Zusammenschluß der Werke in der Rohstahlgemeinschaft zunächst bis 31. 12. 1926 verlängert ist. Es besteht begründete Aussicht, daß die Dauer der Rohstahlgemeinschaft demnächst auf volle 5 Jahre beschlossen wird. Nachdem verschiedene Fragen zur Prüfung durch einen hierfür eingesetzten Ausschuß geklärt worden sind. Ferner beschloß die Rohstahlgemeinschaft für den Monat April 1925 eine Einschränkung der Rohstahlerzeugung in der gleichen Höhe wie für den März d. Js. also um 15 Prozent mit der gleichen Maßgabe, daß diese Einschränkung sich nicht auf Halbzeuge und Feinbleche beziehen soll, um die Bestreitung des Bedarfs in diesen Erzeugnissen sicher zu stellen.

Köln, 13. März. **Die beiden Räuber**, die am 29. Dezember 1924 im Flur der Darmstädter Bank den Kassenboten der Chemischen Fabrik Kalk mit einer tuchumwickelten Eisenstange niedergeschlagen und ihm seine Tasche mit 105 000 Mark Inhalt abnahmen, wurden vom hiesigen Schöffengericht bei Zubilligung mildernder Umstände zu je drei Jahren Gefängnis, ihre beiden helfenden und hehlenden Bräute zu je sieben Monaten Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte unter Ablehnung mildernder Umstände für jeden der Räuber fünf Jahre Zuchthaus, gegen die beiden Mädchen zwölf und neun Monate Gefängnis beantragt.

Stresemann über die deutschen Sicherheitsvorschläge.

(W) Ueber die deutschen Anregungen in der Sicherheitsfrage stellte Reichsaußenminister Dr. Stresemann der Kölnischen Zeitung Ausführungen zur Verfügung, in denen er u. a. sagt: Schon Ende Dezember und Anfang Januar habe ich über die Sicherheitsfrage wiederholt mit Diplomaten gesprochen. Die politische Gesamtsituation zeigte, daß die Frage der Sicherheit wenigstens für Frankreich den Mittelpunkt aller Erörterungen bildete. Wir standen vor der Nichträumung der nördlichen Rheinlandzone. Trotz aller unserer dringenden Ersuchen sind uns die Gründe für die Nichträumung bis heute nicht substantiiert mitgeteilt worden. Es war das französische Bestreben, zu erkennen, die Frage der Sicherheit durch Sonderbelastung des Rheinlandes zu lösen, die nach unserer Ansicht gegen den Versailler Versailler Vertrag verstoßen und nur aus der krankhaften Einbildung Frankreichs zu verstehen sind, daß Frankreich durch uns bedroht sei. Gleichzeitig mußten wir mit der Möglichkeit rechnen, daß ein Dreimächtepakt zustande käme, der seine Spitze gegen Deutschland gekehrt und das Mißtrauen verewigt hätte. Da hielten wir es für richtig, unsere eigene Stellung gegenüber dem Sicherheitsbegehren Frankreich zum Ausdruck zu bringen. Wir knüpften dabei an frühere Bestrebungen anderer deutscher Regierungen an. Deutschland ist bereit, einem Sicherheitspakt der am Rhein interessierten Mächte beizutreten, sei es, daß er sich auf Abmachungen über Vermeidung des Krieges bezöge, sei es, daß er die Garantierung des gegenwärtigen Besitzstandes am Rhein zum Gegenstand hätte. Wir sind außerdem bereit, zur Bekundung des deutschen Friedenswillens, mit allen Staaten Schiedsgerichtsverträge zu schließen, wie wir dies mit der Schweiz und Schweden bereits taten. Wir haben die Grundgedanken unserer Anregung in einem kurzen, in den alliierten Hauptstädten übergebenen Memorandum niedergelegt. Mit diesen deutschen Anregungen sind wir für das deutsche Gefühl bis an die Grenze des Möglichen gegangen. Die Garantierung der Sicherheit der deutschen Westgrenze bedeutet einen schmerzlichen Verzicht im Hinblick auf die Entwickelung der deutschen Geschichte und auf Erinnerungen, die uns ewig teuer sein werden. Aber es bedeutet auch den Verzicht derjenigen französischen Politiker und Militärs, die nicht verschmerzen können, daß der Vertrag von Versailles die Rheinlande bei Deutschland gelassen hat. Wir wissen, daß die offizielle französische Politik diesen Männern fern steht, aber wir wissen auch, welche nicht auszudenkenden Folgen es für den europäischen Frieden, vielleicht für die ganze Kultur dieses Jahrhunderts haben würde, wenn frevelnde Hand es versucht, deutsches Rheinlandgebiet Frankreich einzuverleiben, oder in anderer Form von Deutschland zu trennen. Erst wenn feststeht, daß die heutige Grenze am Rhein unter dem Schutz der Waffen aller interessierten Mächte gegenüber den Friedensbrechern steht, wird man von einem wirklichen Frieden sprechen können. Wir stellen mit Genugtuung fest, daß der deutsche Schritt verständnisvolle Aufnahme gefunden hat, und daß Herr Herriot gegenüber einer aufgeregten Presse auch in seinem eigenen Lande zum Ausdruck brachte, daß an Deutschlands gutem Willen nicht zu zweifeln sei. Wir stellen weiter mit Genugtuung fest, daß der englische Außenminister betonte, daß die englische Regierung den deutschen Anregungen die größte Bedeutung beimißt.

In den Verhandlungen des Völkerbundes, in den Erörterungen über die Räumung der nördlichen Rheinlandzone war immer nur von der angeblich bedrohten Sicherheit Frankreichs die Rede. Wie wenig Deutschland auch auf anderen Gebiete beabsichtigt eine aggressive Politik zu treiben, geht aus seiner Bereitschaft zu weitgehenden Schiedsgerichtsverträgen mit allen anderen Ländern hervor. Schiedsverträge sind ein hervorragendes Mittel um eine sorgsame Sicherung des Friedens Wie kommt die politische Presse dazu es als Ziel der deutschen Politik hinzustellen, seinen Nachbarn im Osten zu überfallen? Weil Deutschland die östliche Grenze nicht in seinen Garantiepakt einbezogen hat. Ein Blick in die englische Presse und die anderer Länder zeigt, daß selbst diese Länder nicht geneigt sind eine feierliche Verbindlichkeit ihrer Regierungen wegen Garantierung der im Versailler Vertrag geschaffenen deutschen Ostgrenze herbeizuführen. Kein Gedanke hat im Weltkrieg auf seiten der Alliierten eine größere Rolle gespielt, als der Gedanke des Selbstbestimmungsrechtes der Völker. Es gibt keine Partei in Deutschland, von den Deutschvölkischen bis zu den Kommunisten die vor ihrem Gewissen anerkennen könnte, daß die Ziehung der deutschen Grenze im Osten dem Gedanken des Selbstbestimmungsrechtes der Völker entspreche. Deutschland hat nicht die Gewalt eine Aenderung der Grenzen zu ertrotzen, und nicht den Willen, es zu tun. Wenn aber der Artikel 19 des Völkerbundesstatutes ausdrücklich davon spricht, daß unanwendbar gewordene Verträge geändert werden können, so kann niemand von Deutschland erwarten, daß es endgültig darauf verzichtet dieses Refugium einer Entwicklung in Zukunft im friedlichem Sinne auch seinerseits für sich in Anspruch zu nehmen. Die Behauptung von einer intransigenten Haltung Deutschlands gegenüber dem Völkerbunde ist vollkommen unrichtig. Als der Versailler Frieden geschlossen wurde, beantragte Deutschland seine Aufnahme in den Völkerbund. Die Alliierten lehnten es ab. Daß Deutschland danach sich nicht einer neuen Ablehnung aussetzen wollte, ist selbstverständlich. Die Völkerbundsfrage wurde erst akut als wir ernstlich zum Beitritt aufgefordert wurden. Das ist geschehen durch die Aufforderung in der Genfer Rede des damaligen englischen Premierministers Macdonald. Die deutsche Regierung mußte sich nun vergewissern, ob der Eintritt erfolgen könnte auf der Grundlage der Gleichberechtigung als Großmacht. Nur zog Deutschland die natürlichen Konsequenzen aus seiner heutigen Lage, als es sich dagegen wehrte, daß auch die Bestimmungen des Artikels 16 des Völkerbundsrates auf Deutschland uneingeschränkte Anwendung fänden, wonach die Völkerbundsmächte verpflichtet sind, im Falle einer Bundesexekution militärischen Beistand zu leisten, den Durchmarsch fremder Truppen zu gestatten und sich an wirtschaftlichen Boykottmaßnahmen zu beteiligen. Deutschland muß sich eine Verpflichtung versagen, die es mit der Kriegserklärung anderer Nationen bedrohen könnte, denn Deutschland ist nicht in der Lage, auch nur seine Grenzen zu verteidigen. Gerade weil Deutschland Frieden und wirtschaftlich gesunde Verhältnisse wünscht, kann es sein Gebiet nicht für fremde Truppen hergeben, die vielleicht die Anarchie und den Bandenkrieg entfesseln würden. Auch kann es bei dem heutigen Stande seiner Wehrmacht sich nicht an Sanktionsmaßnahmen beteiligen und kann sich nicht der Gefahr einer Kriegserklärung anderer Mächte aussetzen. Es ist mir auch völlig klar, daß ein Fünfmächtepakt, wie wir ihn anstreben, schwer außerhalb des Völkerbundes stehen kann. Angesichts der prinzipiellen Bereitwilligkeit Deutschlands, dem Völkerbund beizutreten, wenn auf seine ganz besondere Lage Rücksicht genommen wird, liegt es uns fern, das Prestige des Völkerbundes beeinträchtigen zu wollen. Wenn der gute Wille bei anderen Mächten besteht, auf der Grundlage des erstrebten Sicherheitspaktes mit Deutschland zusammenzuwirken, dann wird auch ein Weg möglich sein, um diese Schwierigkeiten zu beheben.

Ueber die Ursachen des Unglücks auf Zeche Minister Stein

sprach Bergwerksdirektor Bergassessor Brandi-Dortmund vor zahlreichen Pressevertretern. Er führte aus, für die Feststellung der Entstehungsursache des am 11. Februar stattgehabten Explosionsunglücks auf Schacht III und für Vorschläge zur Vorbeugung solcher Unfälle hat die für solche Zwecke bestehende Grubensicherheitskommission einen kleinen Unfallausschuß eingesetzt, dem einige Parlamentarier beigeordnet sind. Unabhängig hiervon geht die Untersuchung der Schuldfrage durch die Bergbehörde. Das Ergebnis liegt noch nicht abgeschlossen vor. Trotzdem gelangen über diese Untersuchungsarbeiten hinaus Mitteilungen in die Presse, die teilweise unrichtig, aber mindestens voreilig sind. So wird schon jetzt veröffentlicht, daß auf der Zeche „Minister Stein" am Tage des Unglücks nicht alles in Ordnung gewesen ist, ferner daß der Gefahrencharakter des Unglücksfeldes verhältnismäßig groß und Berieselung und Wetterführung nicht überall in Ordnung gewesen seien. Ferner habe die Verwaltung die Fahrabteilung für die Betriebsratsmitglieder willkürlich festgesetzt und endlich bestehe auf „Minister Stein" ein durch Prämien gefördertes Antreibesystem, das die Beachtung der Sicherheitsmaßnahmen beeinträchtigt. Solche Mitteilungen bringen für den Laien nichts greifbares, erwecken aber den Eindruck, als wenn man auf „Minister Stein" ohne weiteres die Betriebsverwaltung im allgemeinen und das dortige Arbeitssystem für das beklagenswerte Unglück verantwortlich machen muß oder dürfte. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß in keinem Falle die Uebertretung einer der Bergpolizeivorschriften festgestellt ist, daß in jeder Gruben Ausnahmen von den bestehenden Vorschriften von der Bergpolizei bewilligt werden, da die Verhältnisse auf den Gruben verschieden sind und das Unglücksfeld nach allen Feststellungen nichts als verhältnismäßig gefahrvoll, sondern vielmehr als sicher angesehen werden mußte. Die Wetterführung ist anerkanntermaßen außergewöhnlich gut gewesen. Die Luftmengen überreichlich, brachten den überwiegenden Vorteil, einer so reichlichen Wetterführung stehen wiederum die Gefahren der Staubaufwirbelung, auch kleiner Mengen und der Grubensauerstoffmengen im Falle einer beginnenden Explosion gegenüber. Die Wasserberieselungsanlagen und die Berieselungsmöglichkeiten haben überall vorgelegen und, wo bei fortschreitendem Abbau bei Rohrleitungen, ehe sie periodisch verlängert wurden, zurückgeblieben waren, sind in allen Fällen ausreichende Schlauchleitungen zur Stelle gewesen. Rohrmangel hat nicht bestanden. Rohre waren in großen Mengen in der Grube. Die für die Befahrung des Betriebsrates zu bildenden Fahrabteilungen werden von der Verwaltung gebildet und nur die Verteilung auf die Betriebsratsmitglieder liegt diesen selbst ob. Was auch geschehen ist, die Frage, ob eine solche Fahrabteilung angemessen oder zu groß ist, ist ein Tatbestand, der in diesem Falle durch richterliches Urteil zu Gunsten der Verwaltung entschieden ist. Meldungen über Mißstände oder Gefahren sind auch vorher bei erheblich kleineren Fahrabteilungen nicht gemacht worden. In zurückliegenden Einzelfällen ist zugestandenermaßen sofort abgeholfen worden. Prämien für gute Leistungen gibt es in der ganzen Welt und auf „Minister Stein" hat die Prämie nur das Einkommen der Beamten über das Tarifmaß erhöht. Belohnt wird hierbei auch die zuverlässige Beachtung der Bergpolizeivorschriften und die Ordnung im Revier. „Antreibesystem" ist im allgemeinen ein Schlagwort, daß erfahrungsgemäß den Gruben im Falle vorgeworfen wird. Es soll wohl sagen, daß man eine strenge Pflichterfüllung und gute Arbeitsleistung verlangt, was namentlich heutzutage bei der Not unseres Vaterlandes selbstverständlich ist. Die Grenze einer zu starken Abförderung zu finden, ist wiederum eine Tatenfrage. Die Steigerung der Förderung auf „Minister Stein" mit besonders günstigen und einfachen Lagerungsverhältnissen innerhalb 12 Jahren um 50% ist nichts außergewöhnliches und nur durch eine Vermehrung der Belegschaft um 54% und durch wesentliche Verbesserung der technischen Einrichtungen erreicht. Die Leistung ist gegenüber früher noch um mehrere Prozent zurück. Die Sicherheit der Grube kann dadurch also nicht irgendwie beeinträchtigt worden sein. Man soll in solchen Fällen nicht den Sinn und Blick für die Wirklichkeit verlieren und nicht aus politischen oder anderen Gründen den durch tüchtige und umsichtige Leistungen vorbereiteten Wiederaufbau des deutschen Volkes verhindern. Man vermeidet dadurch nicht einen einzigen Unfall, gefährdet aber wohl das Leben und die Gesundheit von Millionen, denen wir nur durch erfolgreiche Arbeit eine bessere Lebensfähigkeit bewahren können.

Ein Zwangssyndikat im Ruhrkohlenbergbau?

Wie verlautet, tritt in der nächsten Zeit der Reichskohlenrat zusammen, um sich mit der Syndikatsfrage im Ruhrkohlenbergbau zu befassen. Die Stellungnahme des Reichswirtschaftsministeriums hängt ab von der Entscheidung des Reichskohlenrates. Nach dem Kohlenwirtschaftsgesetz hat der Reichskohlenrat bekanntlich die Satzungen der Syndikate zu genehmigen. Bei der Bildung der „Ruhrkohle" sind s. Zt. diejenigen Zechen, die den Vertrag nicht unterschrieben hatten, durch Verordnung des Reichswirtschaftsministers zwangsweise der „Ruhrkohle" zugeführt wurden. Die Satzung der Ruhrkohle hat aber bisher noch nicht die Genehmigung des Reichskohlenrates gefunden. Offensichtlich wollte man zunächst die noch schwebenden Einigungsverhandlungen zwischen der Mehrheit und den widerstrebenden Mitgliedern herbeiführen und eine vollständige Einigung über diese oder eine neue Satzung abwarten. Da es bisher nicht möglich gewesen ist, eine vollständige Einigung unter den Werken herbeizuführen, ist nach Lage der Dinge auch nicht damit zu rechnen, daß die Satzung der „Ruhrkohle" die Genehmigung des Reichskohlenrates findet. Damit wäre die „Ruhrkohle" in ihrer jetzigen Gestalt hinfällig. Ein vertragsloser Zustand wäre die Folge. Nach dem Kohlenwirtschaftsgesetz ist aber die Syndizierung des gesamten Bergbaues Vorschrift und ein syndikatsloser Zustand ausgeschlossen. Der Reichswirtschaftsminister müßte dann, da eine Einigung nicht zustande kommen konnte, neuerdings ein Zwangssyndikat bilden. Es ist anzunehmen, daß die entsprechende Verordnung über die Bildung eines Zwangssyndikats, die also eine Zwangssatzung für den Ruhrkohlenbergbau enthalten würde, unmittelbar nach dem entscheidenden Beschluß des Reichskohlenrates erscheint. Wie wir hören, sind den beteiligten Kreisen im Ruhrkohlenbergbau die Richtlinien, nach denen das Reichswirtschaftsministerium die Satzung für ein Zwangssyndikat aufstellen wird, bereits bekannt.

Untersuchungsausschuß über die Ruhrentschädigungen.

Der Reichstags-Untersuchungsausschuß über die Ruhrentschädigung trat unter dem Vorsitz des Abg. von Lindheiner-Wildau (Dntl.) zu seiner ersten geschäftlichen Sitzung zusammen, um seinen Arbeitsplan festzusetzen. Der Vorsitzende stellte fest, daß es sich für den Ausschuß um zweierlei handelte, 1. um die Feststellung von Tatsachen, 2. um die kritische Würdigung und Prüfung dieser Tatsachen. Bei der Feststellung der Tatsachen habe man zu unterscheiden die materiellen Tatsachen und die Rechtsgrundlagen. Als Grundlage der Erörterungen und Untersuchungen soll zweckmäßigerweise die von der Regierung vorgelegte Denkschrift dienen, die sich mit der Auszahlung der 700 Millionen Mark Entschädigung an die Industrie befaßt. — Abg. Stoecker (Komm.) beantragt, folgende Fragen zu beantworten: Inwieweit ist eine Entschädigung der Arbeiter, Angestellten und Beamten der kleinen Industrie- und Gewerbetreibenden für die von ihnen während des Ruhrkampfes erlittenen Schäden erfolgt, und inwieweit haben die Unternehmungen ihre Produktion und Waren den Besatzungstruppen in die Hände gespielt und Entschädigung dafür bekommen? — Abg. Esser (Z.) wies die Unterstellung des Abgeordneten Stoecker scharf zurück. — Abg. Hugo (D. Vp.) betont, daß dem Ausschuß bezw. den Berichterstattern hinsichtlich des Arbeitsplans völlig freie Hand gelassen werden müsse. — Vorsitzender v. Lindheiner-Wildau stellt alsdann auf allgemeinen Wunsch des Ausschusses fest, daß sein Arbeitsgebiet in keiner Weise eingeengt werden soll. — Die nächste Sitzung soll stattfinden, sobald die Berichterstatter ihre Arbeiten entsprechend gefördert haben.

Was Houghton sagte.

Der frühere amerikanische Botschafter in Berlin, jetzt in gleicher Eigenschaft in London, hat sich bekanntlich sehr scharf gegen das Märchen von den deutschen Waffenvorräten gewandt. Wie Reuter aus Neuyork berichtet, begab sich Houghton sofort nach Washington, um mit Kellogg zu beraten. In einer Unterredung erklärte er, daß Deutschland im wesentlichen entwaffnet sei. Auf die Frage, ob Deutschland in der Lage sein werde, wieder eine Weltmacht zu werden, erwiderte Houghton, seiner Ansicht nach werde Deutschland niemals die große Militärmacht werden wollen, die es vor dem Kriege gewesen sei, aber wirtschaftlich werde es wieder so groß werden, wie jemals. Houghton sagte weiter, der Tod des Präsidenten Ebert sei ein furchtbarer Verlust für Deutschland, jedoch andere Männer würden seinen Platz einnehmen und die friedliche Entwicklung des Landes fortsetzen. — Daily Mail bringt ebenfalls eine Meldung über das Interwiev und stellt insbesondere fest, daß Houghton nachdrücklich verneint, daß Deutschland an die Wiederherstellung der Monarchie denke oder einen Versuch machen werde, die Vorherrschaft in militärischer Hinsicht, die es vor dem Kriege gehabt habe, wiederzugewinnen. In 10 oder 20 Jahren werde vielleicht die Frage der Wiederherstellung der Monarchie auftauchen, aber jetzt beständen derartige Pläne nicht. Laut Westminster Gazette machte sich Houghton über den Bericht der interalliierten Militärkontrollkommission lustig und sagte, er sei überzeugt, daß die Republik in Deutschland von Dauer sein werde.

Sie verurteilen weiter!

Das französische Kriegsgericht in Amiens verurteilte in contumaciam den deutschen Oberst Merker und den deutschen Major Berent zu lebenslänglicher Zwangsarbeit. Die beiden Offiziere werden beschuldigt, junge französische Zivilisten zur Arbeit an der deutschen Front bei La Chapelle im Jahre 1917 in der Feuerlinie herangezogen zu haben, wobei mehrere getötet oder verwundet worden seien. Weiter hat der gleiche Gerichtshof in contumaciam den Hauptmann Kreydt und die beiden Leutnants Reydt und Buggelmeier sowie die Feldwebel Hoffmann und Riedel, die einer in Liesse stationiert gewesenen Fliegerabteilung angehörten, zu 10 Jahren Zuchthaus und 20 Jahren Aufenthaltsverbot in Frankreich wegen angeblicher Plünderungen, und den Soldaten August Kasficowski vom 117. Inf.-Reg., wegen angeblichen Diebstahls in St. Quentin zu 15 Jahren Gefängnis, 500 Franken Geldstrafe und 10 Jahren Aufenthaltsverbot verurteilt.

Nach einer Meldung der Agence Belge verurteilte das belgische Kriegsgericht von Brabant den Kommandeur des Reserve-Infanterie-Regiments Nr. 48, Oberst von Bieberstein, in Abwesenheit zu 20 Jahren Zuchthaus. Es wurden ihm Vergehen zur Last gelegt, die die ihm unterstellten Truppen in der Umgebung von Brüssel begangen haben sollen, insbesondere die Tötung von 8 Personen.

Die Schnüffelkommission auf Juist.

Die interalliierte Militärkontrollkommission, die uns in Deutschland so viel zu schaffen macht, hat sich auch hinsichtlich der Insel Juist eine nette Sache geleistet. Im Jahre 1915 sind hier vier 14-Zentimeter-Langrohrgeschütze aufgestellt worden, die nach Schluß des Krieges auf Befehl der Kontrollkommission abmontiert und auf einem Leichter nach Wilhelmshaven geschafft worden sind. Da jedoch diese Geschütze auf Grund des Friedensvertrages von Versailles nicht vernichtet zu werden brauchen, hat die Kontrollkommission neuerdings verfügt, daß die Geschütze wieder nach Juist zurückgebracht werden und nach erfolgter Montage dort zu verbleiben haben. Nur weil die Entente Furcht hat, daß Deutschland „im Falle eines Falles" diese vier Langrohrgeschütze an einer anderen Stelle einsetzen könnte, und daher das Bestreben hat, sie möglichst unschädlich zu machen, wird es nötig sein, mit viel Kosten eine Inselbahnstrecke in die Dünen hineinzuverlegen, um die Geschütze wieder an ihren alten Stand zurückbefördern zu können. Vom militärischen Standpunkt aus sind die Geschütze in unseren Dünen völlig nutzlos und für die Küstenverteidigung überhaupt nicht zu gebrauchen, da sie nur eine Reichweite von 20 Kilometer haben, während die Geschütze moderner Kriegsschiffe noch auf 28 Kilometer über eine gute Zielsicherheit verfügen. Auch an diesem Beispiel kann man wieder sehen, wie ohnmächtig wir den Launen unserer früheren Feinde gegenüberstehen.

Bis zu welchem Grade die Entwaffnungskontrolle gediehen ist, beweist der Besuch einer Militärkontrollkommission, bestehend aus einem italienischen Major und einem französischen Hauptmann, in der Altpapier- und Alteisenhandlung Josef Duschl in München, bei dem gefährliche Gegenstände lagern sollten. Es handelt sich um eine blecherne Marmeladen-Büchse, die acht kleine Spiralfedern, vier weitere kleine Federn und einige andere überzählige Ersatzteile eines Geschützabzuges im Gesamtgewicht von etwa sechs Pfund enthielt. Ein Arbeiter erhielt den Auftrag, die Stücke mit dem Beil zu zerschlagen und die zerschlagenen Gegenstände auf das Büro der Ententekommission zu bringen.

Höher geht der Blödsinn nicht.

Das poincareefreundliche englische Sensationsblatt „Daily Mail" erzählt seinen Lesern, daß in Deutschland 12000 (!) Landesverratsprozesse „zurückgestellt" worden seien, weil sie auf „im Gange befindliche militärische Vorbereitungen Licht werfen könnten". Kommentar überflüssig.

Sport.

Fußball.

Deutschland—Holland.

Für den am 29. März in Amsterdam stattfindenden Länderkampf der Fußballmannschaften von Holland und Deutschland hat man bisher aus holländischen Kreisen die ungefähre Mannschaftsaufstellung erfahren. Im deutschen Lager herrscht noch tiefstes Schweigen. Ob tatsächlich eine norddeutsche Zusammenstellung von der Wasserkante zustande kommt, oder die Mischung Nord und Süd, steht vierzehn Tage vor dem Spiel leider noch nicht fest. Als Schiedsrichter ist Heeren-Basel bestimmt worden. Das Spiel Holland—Schweiz findet am 19. April unter Slavick in Zürich statt.

Boxen.

Weltmeister Dempsey kneift?

War es nicht Aridäus, den Lessing in seinem Philotas sagen ließ: Glaubt ihr, Menschen, man würde es nicht satt, König zu sein? In Los Angeles vollziehen sich eigenartige Dinge. Der Weltboxmeister Jack Dempsey will sich sang- und klanglos aus der sportlichen Arena zurückziehen und die wiederholten Herausforderungen Harry Wills nicht mehr annehmen, weil er weiß, daß dieser ihm sehr gefährlich werden kann. Doch es werden Stimmen laut und Dempsey will sich fügen, einmal kommt die Entthronung ja doch. Für dieses Ereignis ist eine Börse von mehreren 100000 Dollars bereitgelegt, eine Arena für 110000 Zuschauer im Erstehen.

Radsport.

Das Ende der Sechs-Tage!

Das 14. Berliner Sechstagerennen fand Mittwoch abend seinen Abschluß. Um 10 Uhr wurden die vier Runden zurückliegenden Mannschaften Saldow-Madden und Weber-Krupkat aus dem Rennen genommen.

In der Stunde von 10 bis 11 Uhr wurden 22 Spurts gefahren, nach deren Verlauf das Rennen folgendes Ergebnis brachte:

1. Persyn-Verschelden (422 Punkte), 2. Hahn-Tietz (361 Punkte), 3. Debaets-Tollenbeck (122 Punkte).

Eine Runde zurück: 4. Oliveri-Tonani (192 Punkte).

Zwei Runden zurück: 5. van Kempen-Bauer 392 Punkte).

Vier Runden zurück: 6. Madden-Saldow (71 P.), 7. Weber-Krupkat (44 Punkte).

Nach dem 5. Spurt gelang es Oliveri, dem Feld vorauszueilen. In Rundenlagen-Kämpfen holte die Mannschaft eine Runde auf. In den 144 Stunden wurden 3704,160 Klm. zurückgelegt.

Die Deutschlandfahrer am Ziel!

Nun ist die Internationale Deutschlandfahrt 1925 glücklich beendet und über 300 Teilnehmer sind nach der Fahrt über 3000 Kilometer glücklich am Ziel in Köln angekommen. Besonders die letzte Etappe brachte den Teilnehmern infolge des plötzlich einsetzenden Schneetreibens ungeheure Schwierigkeiten. In Köln herrschte eine unbeschreibliche Begeisterung, als die mit Blumen und Lorbeer geschmückten Helden durch die Straßen eine Korsofahrt ausführten.

Stimmen aus dem Leserkreise.

Unter dies er Rubrik werden Zuschriften von allgemeinem Interesse entgenommen, auch solche, mit deren Inhalt die Redaktion dieses Blattes nicht einverstanden ist.)

Eingesandt.

Kamen, 16. März. (Bevölkerungspolitik im — Ausland.) Man hat in Frankreich die Beamtenfamilien durchgezählt. Von 610000 Familien hatten 280000 kein Kind, 184000 ein Kind, 94000 zwei Kinder. Sechs und mehr Kinder waren nur in 940 Familien zu finden. Die Ursache dieser Kinderarmut sah man in den unzureichenden Gehältern und beschloß, die Kinderzulage zu erhöhen und vom vierten Kinde an zu staffeln. Die Kammer faßte ferner den einstimmigen Beschluß, daß die Fürsorgemaßnahmen für kinderreiche Familien nicht den Charakter einer Unterstützung wegen Bedürftigkeit haben sollten. Von der Akademie sind Preise von 25000 Franken an kinderreiche Familien mit sechs und mehr lebenden Kindern verteilt worden. In der Türkei beschloß man, Müttern mit mehr als acht Kindern eine Prämie zu gewähren und Männer mit sechs und mehr Kindern von den militärischen Dienstleistungen zu befreien. In Deutschland — begnügt man sich damit, den Geburtenrückgang zu bedauern.

Vereinigte städt. Bühnen Dortmund

Spielplan

vom 15. März bis 22. März.

Stadttheater (Großes Haus).

Sonntag, 15. März. Nachm. Geschl. Vorstellung. 7—10.30 Uhr. „Die Hochzeit des Figaro". — Montag und Freitag: Geschlossene Vorstellung. — Dienstag, 17. März. 7.30 bis 10.45 Uhr. Geschl. Vorstellung. „Tannhäuser". — Mittwoch, 18. März. 7—9.30 Uhr. „Palette oder ein Held dieser Zeit". Tragikomödie in 5 Akten von Helmut Unger. — Donnerstag, 19. März. 7—10.30 Uhr. „Der Barbier von Bagdad". Hierauf: „Coppelia". Ballett in 2 Abteilungen. — Samstag, 21. März. 7.30 bis 10 Uhr. „Der Mantel". Hierauf: „Schwester Angelica" von Giacomo Puccini. — Sonntag, 22. März. Nachm.: Geschl. Vorstellung. 7—10.15 Uhr. Außer Vormiete. Preise 1. „Carmen". Vorverkauf ab Donnerstag.

Kammerspielhaus (Ostwall 12).

Sonntag, 15. März. 7.30—10 Uhr. „[illegible]sische Einakter". — Dienstag, 17. März. 7.30 bis 10 Uhr. „Kolportage". — Samstag, 21. März. 7.30—10 Uhr. „Kolportage". — Sonntag, 22. März. 7.30—10.15 Uhr. „Der Raub der Sabinerinnen".

Burgwalltheater (Städtische Operette).

Sonntag, 15. März. 3.30—6 Uhr. „Neue Tänze". 7.30—11 Uhr. „Gräfin Mariza". — Montag, 16. März. Abends 8.15 Uhr. „Sinfonie-Konzert". — Dienstag, 17. März. Mittwoch, 18. und Freitag, 20. März. 7.30—11 Uhr. „Gräfin Mariza". — Donnerstag, 19. März. 7.30—10.30 Uhr. „Die Siegerin". — Samstag, 21. März. 7.30—10.30 Uhr. „Der süße Kavalier". — Sonntag, 22. März. 3—6.30 Uhr. „Gräfin Mariza". 7.30—10.30 Uhr. „Der süße Kavalier".

Westdeutsche Funkstunde-A.-G.

Münster i. W.

Montag, den 16. März 1925.

4—5 Uhr nachm. Unterhaltungsmusik unter Mitwirkung von Mary Schnabl vom Theater der Stadt Münster; anschließend Ratschläge fürs Haus.

7.30—7.40 Uhr abends: „Unsere Singvögel" aus Brehms Tierleben (gesprochen von stud. rer. nat. Peus-Münster).

8 Uhr abends Vortrag: „Brut und Aufzucht des Geflügels" (Zuchtinspektor Topp-Münster).

8.30 Uhr abends Slavischer Abend. Mitwirkende: W. Wittig-Münster, Rundfunk-Kammerorchester unter Leitung von Herrn Kapellmeister Nebe. 1. Dvorak: „Aus der neuen Welt", Sinf. Nr. 5. a) Adagio-Allegro molto, b) Largo, c) Molto vivace, d) Allegro con Fuoco. 2. Mickiewicz: Die Lilien (Willy Wittig). 3. Smetana: Hochzeitsszenen: a) Hochzeitszug, b) Das Brautpaar, c) Das Hochzeitsfest. 4. Migerka: a) Das Glück der Häßlichen, b) Cech: Die Herrin von Gedö (Willy Wittig). 5. Dvorak: Slavische Tänze 1 und 3. 6. Kiß: a) Der Kuß, b) Wie die Preußen anno 66 in Behmen eingedrungen, böhmische Anekdote (Willy Wittig). 7. Smetana: Fantasie aus der Oper „Libussa".

Dienstag, den 17. März 1925.

4—5 Uhr nachm. Unterhaltungsstunde unter Mitwirkung von Ludwig Bäte-Melle, Rest Gedichte und Geschichten vom Vorfrühling.

8 Uhr abends Vortrag: „Die Aufgaben des Staates im Wandel der Zeiten" (Universitätsprofessor Dr. K. Voigt-Münster).

8.30 Uhr abends: Dehmel-Lilliencron-Abend. Mitwirkende: Fräulein Luise Stoll vom Theater der Stadt Münster i. W., Rio Kube vom Theater der Stadt Münster, Willy Wittig-Münster und das Rundfunk-Kammerorchester unter Leitung des Kapellmeisters Nebe. 1. Beethoven: Largo aus der 2. Sinfonie. 2. Dehmel: a) Die stille Stadt, b) Manche Nacht, c) Aus der „Lebensmesse", d) Das Ideal (Luise Stoll). 3. a) Willy Merkel: Durch die Nacht, b) Willy Merkel: Heimat, c) Josef Haas: Leises Lied, d) Joseph Marx: Waldseligkeit (Rio Kube). 4. Dehmel: a) Der Arbeitsmann, b) Gethsemane. 5. Schubert: Andante aus der H-Moll-Sinfonie. 6. Liliencron: a) Der Blitzzug, b) Wer weiß wo? (Schlacht bei Kollin 18. Juni 1757), c) Ein Geheimnis. 7. a) Arnold Ebel: Glückes genug, b) Martin Friedland: Es lauscht der Wald, c) Richard Strauß: Ich liebe dich (Rio Kube). 8. Liliencron: a) Lever dot as Sclav, b) Hans der Schwärmer, c) Ballade in U-Dur. 9. Haydn: Allegretto und Menuett aus der Militärsinfonie.

Wer das Baugeld für ein Eigenheim

sich auf schnellstem Wege beschaffen will, kann dies nur durch Anschluss an die Treuhand-Bausparkasse der Gemeinschaft der Freunde bei kleinsten monatlichen Einzahlungen. Auszahlung der Bausumme im günstigsten Falle schon 1—1½ Jahr nach Beitritt. Grösste Sicherheit, beste Referenzen. Ausführliche Auskünfte, Unterlagen und Berechnungen durch die Gemeinschaft der Freunde e. V., Luftkurort Wüstenrot bei Heilbronn.

Man frage an u. Bezeichnung der Kamener Zeitung vom 16. 3. 25.

Der Dackel als Hauptgewinn. „Glöckner vom Waldgarten" ist ein junger Dackelherr von edelstem Stamm, vier Monate alt, mit weichem, rehbraunem Fell. Trotz aller seiner Gaben hätte die Oeffentlichkeit nichts von ihm erfahren, wenn nicht die Jugendzeitschrift „Der heitere Fridolin" die Idee gehabt hätte, in der soeben erschienenen Nummer seine Krummbeinigkeit als ersten Preis für eine neue Preisaufgabe auszusetzen. Hoffentlich ist der Herr Stubenrein!

Vom Barmat-Ausschuß.

Der Reichstagsuntersuchungsausschuß für die Kreditaffäre trat am Donnerstag wieder zusammen. Der Abg. Dr. Hugo (D. Vpt.) hat dem Ausschuß mitgeteilt, das Gerücht über seine Verbindung mit Barmat beruhe auf völlig freie Erfindung. Er kenne Barmat nicht und sei bereit, vor dem Ausschuß zu erscheinen. Der Vorsitzende der Deutschen Volkspartei, Abg. Dr. Scholz, legt in einem Schreiben an den Ausschuß Verwahrung ein gegen die in der letzten Sitzung ohne vorherige Nachprüfung des Inhaltes erfolgte Verlesung eines anonymen, den Abgeordneten Dr. Hugo beschuldigenden Schreibens. Der Ausschuß beschließt, dem Abgeordneten Dr. Hugo das Schreiben zur weiteren Verfolgung der darin enthaltenen verleumderischen Vorhaltungen auszuhändigen.

Vernommen wurde der Direktor Tritschow, der seiner Zeit kaufmännischer Referent des Reichsernährungsministers war und dem Kommissar für Beschaffung von Lebensmitteln für das Volk vorgestellt wurde. Im Juni 1919 wurde der Zeuge mit Barmat bekannt, der verschiedene Empfehlungen nannte, u. a. auch die Kommerz- und Privatbank in Berlin. Barmat habe viel versprochen, gehalten wurde dann schließlich sehr wenig. Irgend ein Druck, mit Barmat Geschäfte zu machen, sei auf keine Reichsstelle ausgeübt worden. Von einer Anweisung des Wirtschaftsministers Schmidt an die Reichsfettstelle, mit Barmat Geschäfte zu machen, sei keine Rede gewesen. Von einer Lieferungszusage des Reichswirtschaftsministers Schmidt weiß der Zeuge nichts. Als der Zeuge sich auf eine Frage des Abg. Dr. Pfleger (bayr. Vp.) nicht darauf besinnen kann, daß er einen Brief Barmats beantwortet habe, hält ihm Dr. Pfleger aus den Akten einen solchen Brief vor. — Der Vorsitzende stellt fest, daß man immer wieder auf ein totes Gleis kommen werde, solange das Reichsministerium es zuläßt, daß Reichsbeamte über Reichsangelegenheiten im preußischen Landtagsausschuß aussagen, obwohl der Reichstag diesen Ausschuß habe.

Dem Zeugen soll Gelegenheit gegeben werden, die Akten zu studieren, damit seine Vernehmung fortgesetzt werden kann.

Ueber die Reichswehr.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages setzte die Beratung des Haushalts des Reichswehrministeriums mit dem Etat des Reichsheeres fort. Abg. Stücklen (Z.) erstattete als Berichterstatter das Referat, Abg. Ersing (Z.) als Mitberichterstatter. Beide Referenten stellten in den Mittelpunkt ihrer Betrachtungen, daß der unpolitische Charakter gewahrt bleiben und alles vermieden werden müßte, was geeignet sein könnte, ihn in Frage zu stellen. Reichswehrminister Geßler legte die Grundsätze dar, nach denen das Reichsministerium in seinen Maßnahmen verfahre. Die Reichswehr müsse nach allgemeiner Ansicht überparteilich ausgebaut werden. Deshalb sei den Angehörigen der Reichswehr jede politische Betätigung untersagt. Diese Linie sei vollkommen eingehalten worden, seitdem er Wehrminister sei. Die Reichswehr habe niemals auf die Innen- oder Außenpolitik irgendwelchen Einfluß zu nehmen versucht. Unser Heer solle nicht zu inneren Zwecken dienen, sondern zu Landeszwecken. Es mache große Schwierigkeiten, das 100 000 Mann-Heer vollzählig aufzustellen. Im Gegensatz zu dem Mannschaftsangebot sei der Andrang zur Offizierslaufbahn weit größer als die vorgeschriebenen Stellen. Mit großer Strenge werde darüber gewacht, daß die Militärmusik bei keiner politischen Veranstaltung diene, ganz gleich, um welche Parteirichtung es sich handle. Die Entwicklung der Reichswehr sei in den letzten Jahren durchaus in dem Sinne vor sich gegangen, wie es von allen Seiten gewünscht werde. Das Heer werde zum Pflichtbegriff erzogen. Das andere müsse die Entwicklung und die Zeit bringen. — Hierauf vertagte sich der Ausschuß.

(W) Der Haushaltsausschuß des Reichstages setzte Donnerstag die Beratung des Haushaltsetats des Reichswehrministeriums fort. Abgeordneter Schöpflin (Soz.) meint in Bezug auf die Ueberparteilichkeit der Reichswehr: Gewiß man könne von dem Offizierkorps nicht eine sofortige innere Umstellung verlangen. Aber nach Außen müssen bestimmte politische Einstellungen unbedingt vermieden werden. — Reichswehrminister Dr. Geßler erklärt, daß er und der Chef der Heeresleitung jede Ausbildung von Leuten außerhalb der Reichswehr ablehnt, die im Widerspruch zum Vertrage von Versailles stehe. Das sei militärisch wertlos und habe außenpolitische Folgen, die außer allem Verhältnis ständen. Auch von einer stillschweigenden Duldung könne keine Rede sein. Im Heere würde der Grundsatz der Ueberparteilichkeitmit allem Nachdruck gefordert. Der Chef der Heeresleitung habe erst kürzlich in einem Erlaß darauf hingewiesen, daß das Heer sich neutral gegen Jedermann, der nicht den Umsturz des Staates erstrebe. und hilfreich gegen jeden Deutschen zeigen soll. — Abg. Brüninghaus (D. Vp.) hielt eine längere Rede, in der er u. a. betonte, daß in der Vereinigung Stahlhelm die Frage Republik oder Monarchie keine Rolle spiele. Diese Frage stände überhaupt bei vernünftigen Politikern zur Zeit nicht zur Erörterung. Die Reichswehr müsse zum Dienst für den Staat als solchen erzogen werden' Der Redner erörterte weiterhin Besoldungsfragen. Man müsse dafür sorgen, daß die Zivilversorgungsberechtigten geeignete Stellen erhielten. Entsprechende Anträge des Redners wurden von anderen Parteien unterstützt. Das Selbstbestimmungsrecht des Volkes beruhe nur auf seiner Wahrhaftigkeit. Auch müsse die Tradition gepflegt werden. Ueber die Frage des Tragens der Uniform der verabschiedeten Offiziere liege, wie Reichsminister Dr. Geßler erklärte, ein Entwurf dem Reichsrate vor. Der Erlaß des Reichspräsidenten habe sich lediglich gegen den politischen Mißbrauch der Uniform gewendet. — Die Weiterberatung wird am Freitag fortgesetzt.

Der neue Rothardtprozeß.

Das Interesse an dem Prozeß wird von Tag zu Tag stärker. Der Zuhörerraum ist längst vor Beginn gefüllt. Bei Beginn teilt der Vorsitzende mit, daß den Anträgen auf Ladung des früheren preußischen Handelsministers Siering und des früheren bayrischen Ministerpräsidenten Dantel als Zeugen Folge geben wird.

Als erster Zeuge wird der Geschäftsführer Brolat vernommen, der während des Krieges Dreher in der Berliner Rüstungsindustrie und in einem Betriebe in Weißensee Obmann war. Aus seinen Aussagen ist besonders hervorzuheben, daß nach seiner Ansicht die Beteiligung am Streik, den Richard Müller am Sonntag, den 27. Januar vormittags angekündigt hatte, sehr stark war. Zeuge Brolat schildert dann eine Versammlung der U. S. P. und des Spartakusbundes, in der die Streikforderungen aufgestellt und die Streikleitung gewählt wurde.

Wir wünschten daß unser Parteivorstand in die Streikleitung käme. Ebert sträubte sich mit Händen und Füßen gegen eine Beteiligung an der Streikleitung. Ebert sagte, es müsse versucht werden, den Streik so schnell wie möglich zu beenden. Zur Frage der Gestellungsbefehle sagte Ebert: Wir werden natürlich in unserer Eigenschaft als Reichstagsabgeordnete versuchen, die größten Härten zu mildern, aber selbstverständlich müssen die Gestellungsbefehle befolgt werden. Zeuge Wuschick, Bezirkssekretär der S. P. D. berichtet ausführlich über die dem Eintritt der S. P. D. in die Streikleitung vorhergehenden Verhandlungen. Wuschick forderte den Parteivorstand auf, in die Streikleitung einzutreten. Vor der entscheidenden Delegiertenversammlung wurde uns vom Parteivorstand erklärt, er habe sich unseren Gründen nicht verschlossen. Er wolle in die Streikleitung eintreten, um den Streik abzukürzen und dadurch den der Landesverteidigung erwachsenen Schaden nicht so groß werden zu lassen. In einer Delegiertenversammlung im Gewerkschaftshaus am Nachmittag stellte Wuschick dann den entscheidenden Antrag, daß die Mehrheitssozialdemokraten zum Eintritt in die Streikleitung aufgefordert werde. Ledebour sprach sich wütend dagegen aus. Der Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen. Der Parteivorstand bestimmte Ebert, Scheidemann und Braun als Delegierte in die Streikleitung. — Vorsitzender: Ist von den Gestellungsbefehlen gesprochen worden. — Zeuge Wuschick: Jawohl, da hat Ebert ausdrücklich erklärt, der Parteivorstand kann nur dringend empfehlen, den Gestellungsbefehlen Folge zu leisten.

Neue Verhandlungen um die Regierungsbildung in Preußen.

(W) Der Ministerpräsident Marx führte am Donnerstag im Landtage erneut Verhandlungen in der Frage der Rezierungsbildung. Zu der Frage der Bildung eines Kabinetts, das sich zusammensetzt aus je einem Vertreter der Deutschen Volkspartei, des Zentrums und der Demokratischen Partei, im übrigen aus „Beamten, die anderen Parteien naheständen", erklärte der Vertreter der deutschnationalen Fraktion, daß er diese Anregung seiner Fraktion unterbreiten werde. In der Besprechung mit den Demokraten zur Frage der Bildung eines überparteilichen Beamtenkabinetts wurde vom Abg. Fall erwidert, daß seine Fraktion konkreten Vorschlägen entgegensähe. Von der Wirtschaftlichen Vereinigung wurde durch ihren Führer, den Abgeordneten Ladendorff, die Bildung eines überparteilichen Beamtenkabinetts begrüßt und erneut eine Bildung auf der Grundlage der Weimarer Koalition abgelehnt. Auch die Deutsche Volkspartei steht wie bisher der Bildung eines überparteilichen Beamtenkabinetts sympathisch gegenüber.

Die deutschnationale Fraktion des preußischen Landtages besprach gestern abend die Anregung des Ministerpräsidenten Marx. Die Fraktion lehnte ein Kabinett ab, an dem Sozialdemokraten in irgendeiner Form beteiligt sind.

Kleine Nachrichten.

Der Landtagsausschuß für Beamtenfragen verhandelte über den Gesetzentwurf auf Aenderung des Pfarrerbesoldungsgesetzes. Der von den nichtsozialistischen Parteien eingebrachte Antrag, welcher für die Kirche die Staatsrenten weiter festlegt und die Frist zur endgültigen gesetzlichen Regelung verlängert, wurde trotz der Bedenken des Finanzministers angenommen.

Im Haushaltsausschuß des Reichstags wurde, bei der Weiterberatung des Etats des Reichswehrministeriums, das Gehalt des Ministers gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten bewilligt. Der Antrag der Kommunisten, die Reichswehr aufzulösen und durch eine Arbeiterwehr zu ersetzen, wurde gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Im Aufwertungsausschuß erklärte Reichsfinanzminister v. Schlieben, daß die Reichsregierung die bestimmte und begründete Hoffnung hege, in allernächster Zeit den gesetzgebenden Körperschaften ein Aufwertungsgesetz vorlegen zu können.

Der Magistrat von Magdeburg hat auf Antrag des Oberbürgermeisters beschlossen, den Polizeipräsidenten zu ersuchen, dem Straßenbrückenzug Sternbrücke den Namen Friedrich Ebert-Brücke zu verleihen.

Anstelle der verstorbenen Reichstagsabg. Frau Dransfeld (Z.) tritt Rechtsanwalt Dr. Roß-Dortmund in den Reichstag ein.

Der Metallarbeiterstreik in Oberitalien hat sich bedeutend verschärft. Die Zahl der Streikenden beträgt 80 000 bis 100 000.

Bei den Parlamentswahlen in Aegypten wurden bis jetzt 101 Anhänger Zaglul Paschas und 101 Kandidaten der anderen Parteien gewählt. 12 Wahlergebnisse stehen noch aus.

Aus aller Welt.

— **In dem Prozeß wegen Landfriedensbruchs gegen drei Mitglieder der kommunistischen Jugend in Berlin** die wegen eines Zusammenstoßes mit einer Gruppe von Pfadfindern, wobei der Schüler Bahrtz erstochen wurde, angeklagt waren, wurden zwei zu je 2 Jahren Gefängnis unter Anrechnung von 10 bezw. 10½ Monaten auf die Untersuchungshaft verurteilt. Der dritte Angeklagte wurde mangels Beweise freigesprochen.

— **Vergewaltigung einer Deutschen auf der italienischen Eisenbahn.** Die römischen Blätter berichten über den Fall einer Vergewaltigung einer Ausländerin im Zuge Rom—Florenz. Das Opfer ist eine deutsche Staatsangehörige, deren Eltern in Frankfurt wohnen, und daß der Schuldige ein Mitglied der faschistischen Eisenbahnmiliz ist, welcher für die Sicherheit in den Bahnzügen zu sorgen hat.

— **Vereitelter Kirchenraub.** Ein Wächter, der mehrere Häuser in der Umgebung der Jerusalemer Kirche in Berlin zu bewachen hat, sah, wie ein Mann in der Kirche sich verdächtig zu schaffen machte. Er beobachtete noch, daß er ein Fenster eindrückte, und holte nun die Polizei. Die Kirche wurde umstellt, und das Innere abgesucht, nachdem der Küster aufgeschlossen hatte. Unter Chorstühlen versteckt fand man den Einbrecher und nahm ihn fest.

— **Das abgebaute ehemalige Truppenlager.** Einem früheren Eisenbahner hatte man nach dem Abbau die Aufsicht über eins der großen Lager des Uebungsplatzes Lansdorf in Schlesien anvertraut. Während er nach außen hin den umsichtigen tüchtigen Wächter herauskehrte, hat er das ihm anvertraute ehemalige Truppenlager „abgebaut". Er brach aus den Baracken die Zwischenwände heraus, legte das Holz in Stappeln als Bretterlager an und begann einen großzügigen Verkauf dieser Materialien, natürlich für seine Tasche. Das konnte er umso ungestörter, als er den zu ihm strömenden Käufern eine gefälschte amtliche Verkaufsvollmacht vorzuweisen vermochte. Der Abtransport erfolgte vorsichtigerweise über entlegene Routen. Nicht allein die Holzwände der Baracken waren es, die er auf diese Weise in den Handelsverkehr brachte, sondern auch die Fenster und ähnliche Gegenstände.

— **Vermischtes.** Die in der Tschechoslowakei verhafteten Spritschieber Karl und Hermann Weber werden am Sonnabend an Deutschland ausgeliefert. Die tschechischen Beamten, die zu der Verhaftung beigetragen haben, erhielten eine Prämie von 200 00 Tschechischen Kronen. — Ein 42jähriger verheirateter Polizeihauptwachtmeister namens Liebmann hat sich in seiner Wohnung in Berlin-Friedrichsfelde mit Leuchtgas vergiftet. Wie die Blätter bemerken, ist dies der vierte Selbstmord innerhalb der Berliner Schutzpolizei in den letzten 8 Tagen. — Drei Touristen, die am Sonntag zu einer Hochtour in den Oberen Tauern aufgestiegen waren, werden seitdem vermißt. Es wird angenommen, daß die im Schneesturm umgekommen sind.



Mielewerke
Aktiengesellschaft
Grösste Spezialfabrik Deutschlands
Gütersloh i. Westf.
Zweigfabrik Bielefeld

Henry Ford
„Mein Leben und Werk"
eine praktische Lösung der sozialen Frage, von dem amerikanischen Automobilkönig, dem reichsten Mann der Welt.
Vorrätig in der
Buchhandlung der Kamener Zeitung

Gebrauchter, gut erhaltener, weiß emaillierter
Herd 935
zu verkaufen. Kämerstr. 14.

Aelteres, erfahrenes
Erstmädchen,
das kochen kann und selbständig ist, bei hoher Vergütung zu sofort gesucht. Hauskleider und Schürzen werden gestellt. 929
Frau Bankdirektor Graefe,
Unna, Massenerstraße 52.

Suche für sofort oder 1. April ein s912
Mädchen,
welches landwirtschaftliche Arbeiten versteht und melken kann.
Frdr. Leiffermann,
Oberberge bei Kamen.
Telephon 372.

Ordentliches s915
Morgenmädchen
gesucht.
Zu erfragen in der Geschst. der Kamener Zeitung.

Anzeigen aller Art
inseriert man erfolgreich in der
Kamener Zeitung.

Altpapier!
Alte Geschäftsbücher — Papiere Zeitschriften u. s. w. 934
zum sofortigen Einstampfen für diese Woche gesucht. Bei größeren Posten Abholung.
J. Wolff & Sohn.
Telephon 142.

Wer ein Piano Flügel oder Harmonium anschaffen will, wende sich direkt an
D. R. P. Staatsmedaille Gold. Ausstellungspreise.
Hof-Piano- und Flügel-Fabrik
Roth & Junius
Lieferung frei Haus. Zahlungserleichterung.
Hagen i. W., Bahnhofstrasse 23. (Filiale: Berlin am Zoo).
NB. In Sonder-Abt. Original-Grammophone m. Künstlerpl.

Wollen Sie wirkungsvolle
künstlerische Plakate
zum Aushang bringen? — Dann wenden Sie sich an die
Druckerei der Kamener Zeitung
Kamen.

Amt Unna-Kamen.

Die aufgestellten Stimmlisten für die Wahl des Reichspräsidenten am 29. März 1925 liegen vom 20. bis einschl. 23. März 1925 in der Wohnung der betr. Gemeindevorsteher — bezw. im Gemeindebüro — zu den in den einzelnen Gemeinden bekanntgegebenen Tagesstunden, zur Einsicht offen.

Bis zum Ablauf der Auslegungsfrist kann jeder Wahlberechtigte, der die Stimmliste für unrichtig oder unvollständig hält, dieses bei dem zuständigen Gemeindevorsteher schriftlich anzeigen oder zur Niederschrift geben. Für die Richtigkeit etwaiger Behauptungen der Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit der Liste hat der Anzeigende Beweismittel beizubringen.

Unna, den 12. März 1925.

Der Amtmann: Lehmhaus.

Für's Heim



Unterhaltungs-Beilage
der Kamener Zeitung für Stadt und Land

Wenn die Junggesellensteuer kommt!



Begeisterte Kundgebungen vor den Fenstern des Herrn Vorsitzenden der Junggesellensteuer-Kommission.

„Und so richte ich denn die Frage an Sie, teure Hulda, ob Sie mir behilflich sein wollen, die Junggesellensteuer zu umgehen?"

„Hier ist Lieschen Dreierbrot, Papa; in deinem Interesse will ich mich — bis ich 30 bin — mit ihr verheiraten."

„Een armer Junggesell bittet um den Steuerbetrag — oder um Ihr Hand!"

„Was, ick Junggesellensteuer? Na, Sie, wenn dat man nich' 'n Irrtum ist!!"

Am Scheideweg.

Original-Roman von Hanna Forster.

Nachdruck verboten. Alle Rechte vorbehalten.

33. Fortsetzung

Und endlich kam dann der heißersehnte Tag! Vor der Villa der Gastgeber, die an Größe und Pracht nur von dem Hause des Kommerzienrats Hellwig übertroffen wurde, stauten sich die Wagen und Autos. Aber viele, besonders die Herren, erschienen zu Fuß. Frau Lenas Gedanke, daß auch die Ehepaare aus ihrer Kostümierung sich gegenseitig ein Geheimnis machen sollten, um der Sache mehr Reiz zu verleihen, war durchgesickert und überall beifällig aufgenommen worden. Oft freilich mit dem übermütigen Nebengedanken, einmal nach Herzenslust zu kokettieren und sich dem süßen Spiel des Flirts gefahrlos hinzugeben.

Die mitten in einem großen Garten gelegene Villa strahlte im festlichen Lichterglanz. Eine Reihe von Zimmern im oberen Stockwerk war zu Garderobenräumen umgewandelt, während die eigentlichen Gesellschaftsräume unten lagen. Mäntel und Hüllen aller Art verdeckten die phantastischen Kostüme der Gäste, die meist schon die seidene Halbmaske vor dem Gesicht trugen. Die Damen zeigten sich sehr neugierig und versuchten bereits in den Garderobezimmern sich gegenseitig zu erforschen. Da jedoch alle sich eifrig bemühten, ihre Stimme zu verstellen, blieb der Erfolg aus. Heiter, voll freudiger Erwartung genußreicher Stunden, drängten die aus den Hüllen Geschlüpften die breite teppichbelegte Freitreppe hinunter, wo die befrackten Diener standen, um die großen Flügeltüren nach den Salons zu öffnen.

Bald wogte in den eleganten, reich mit Blumen geschmückten Räumen die Menge der Geladenen durcheinander. Es entfaltete sich ein lebhaft bewegtes Bild von malerischster Buntheit. Man sah Trachten aus aller Herren Länder, und die seltsamsten Paare aus Sage und Geschichte. Hier ging ein bezopfter Chinese neben einer „Königin der Nacht", dort bot der Teufel in höchsteigener Person einem Gretchen, dem zwei schwere blonde Zöpfe über den Rücken fielen, galant seinen Arm. Ein Türke aus der Janitscharenzeit folgte den Spuren eines Schwarzwälder Bauernmädchens, ein Lohengrin ließ die ebenfalls anwesende Elsa von Brabant gänzlich unbeachtet, weil ihn eine schwarzhaarige Italienerin, deren Glutblicke ihm das Herz versengten, anzog. Symbolisierte Blumen, die Poesie verkörpernd, schwebten dahin, groteske Gestalten sorgten für den Humor, und manches charakteristische Kostüm, das Rätsel aufgab, so schwer wie die modernste Richtung der Malerei, bot Stoff zu angeregter Unterhaltung und zu witzigen Bemerkungen.

Die Vatergruft.

Es ging wohl über die Heide
Zur alten Kapell' empor
Ein Greis im Waffengeschmeide
Und trat in den dunklen Chor.

Die Särge seiner Ahnen
Standen die Hall' entlang,
Aus der Tiefe tät ihn mahnen
Ein wunderbarer Gesang.

„Wohl hab' ich euer Grüßen
Ihr Heldengeister, gehört;
Eure Reihe soll ich schließen,
Heil mir! ich bin es wert!"

Es stand an kühler Stätte
Ein Sarg noch ungefüllt;
Den nahm er zum Ruhebette,
Zum Pfühle nahm er den Schild.

Die Hände tät er falten
Aufs Schwert und schlummert ein;
Die Geisterlaute verhalten,
Da mocht' es gar stille sein.

Ludwig Uhland.

An einer Säule im mittleren der drei großen Salons, von denen der letzte als Tanzsaal eingerichtet war, lehnte eine hochgewachsene Isolde. Wie ein langer Mantel floß das durch einen breiten goldenen Reif über der Stirn gehaltene blonde Haar den Rücken herab. Das Gewand aus weißer Seide fiel in schönem Faltenwurf hernieder, vermochte jedoch nicht das herrliche Ebenmaß, die schlanke Ueppigkeit dieser Gestalt zu verhüllen. Ganz unbedeckt waren die Arme. Wie aus Marmor in der Hand eines griechischen Bildhauers der Antike geformt, so schimmerten sie weiß und in verführerischer Schönheit, mit schweren Goldspangen geschmückt.

Die schwarzseidene Halbmaske ließ die Farbe ihres Gesichts auffallend weiß erscheinen. In nachlässiger Haltung stand sie da. Suchend schweiften ihre Blicke durch die Menge der phantastischen Gestalten. Da trat ein schlanker Mephistopheles lautlos an ihre Seite.

„Schöne Königin", sagte er mit verstellter Stimme, „wo hast du deinen Gatten, den König Marke, gelassen. Er ist wohl schon zu alt, der gute Mann? Und jetzt suchst du deinen Tristan, um das sündige Liebesspiel fortzusetzen. Ich warne dich, weißt du nicht, welches grausame Schicksal die schöne Isolde traf?"

Die Angeredete, die bei den ersten Worten des Sprechers unwillig aufgesehen hatte, schrak sichtbar zusammen. Wer war es, der so zu ihr redete, als ahne er ihre geheimsten Gedanken. Doch gleich darauf lachte sie über sich selbst. Maskenfreiheit — einer Isolde gegenüber erschien der Scherz doch natürlich. Sie hätte doch besser getan, als „Rosenkönigin" zu gehen, wie sie es zuerst geplant. Aber das Kostüm der Isolde hatte es ihr angetan, da konnte sie nicht widerstehen.

„Du redest Unsinn, Geist der Verneinung", antwortete sie, gleichfalls mit stark verstellter Stimme. „Einen König Marke gibt es für mich ebensowenig wie einen Tristan."

„Du bist wohl die jungfräuliche Fürstin, ehe sie mit ihrer Dienerin Brangäne zu ihrem zukünftigen Gatten, dem König Marke von Cornwallis reiste, ehe sie auf dem Schiff den Liebestrank mit Tristan zusammen kostete? Weißt du, daß du so nicht aussiehst, sondern daß deine Augen, die durch die Maske mit blauem Glanze leuchten, die heiße Sprache des wissenden Weibes sprechen?"

„Für einen Sohn der Hölle redest du ausgezeichnet. Aber du langweilst mich trotzdem — vielleicht ziehst du jetzt deines Weges weiter und beglückst andere mit deinem Unsinn."

„Wie du befiehlst, schönste aller Frauen! Dir kann selbst der Teufel nicht widerstehen. Wie sehr ich dir ergeben bin, das magst du daraus ersehen, daß ich dir beim Suchen nach

beinem Tristan helfen will. Siehst du dort den schlanken, hochgewachsenen Mann im Kostüm aus der Wertherzeit, er ist es. Sicher sucht er dich so wie du ihn. Und nun leb wohl, weißhändige Isolde — ich wünsche dir Erfüllung deiner heißen Wünsche."

„Unverschämter," murmelte sie, als der Mephistopheles sie verlassen hatte. Wer es wohl gewesen sein möchte! Am Ende Assessor Wagner! Wenn sie das sicher wüßte, dann würde sie ihn seine Keckheit schon büßen lassen.

Forschend ließ sie ihre Blick zu dem ihr als der gesucht Bezeichnete schweifen. Der schlanken, tadellos gewachsenen Männergestalt stand das Kostüm aus der romantischen Epoche, mit den enganliegenden Kniehosen, dem Samtfrack und dem Spitzenjabot, vorzüglich.

Sie atmete tief. Ja, das könnte Herbert sein! Gleich wollte sie hin, ihn ansprechen. Da kam wieder das Gefühl des Schreckens über sie. Woher wußte der Mephistopheles, daß Herbert Falckner das Ziel ihrer suchenden Blicke gewesen? Sie hatte sich doch ihres Wissen niemals und niemand gegenüber je verraten. Der Assessor wußte doch auch nichts von ihren früheren Beziehungen zu Herbert, konnte nichts davon wissen, merkwürdig! Ob es am Ende der Amtsrichter Kerner gewesen! Doch das kam ihr wenig glaublich vor, ihm traute sie solche Taktlosigkeit nicht zu. Ach, was sollte sie sich darum scheren, wo sie diesem Abend mit solcher lodernden Sehnsucht entgegenharrt. Heute mußte es ihr ja sicher gelingen, mit Herbert ungestört zu sprechen, die Flamme der Liebe in seinem Innern wieder zur Glut anzufachen und dann — bei diesem Gedanken spielte ein träumerisches Lächeln um den vollen, roten Frauenmund — die süßen Wonnen heimlicher Liebesstunden zu genießen.

Langsam ging sie durch das Gewühl der Gäste, die lachend und scherzend Gruppen bildeten, zu Paaren standen, aber ständig wieder wechselten. Sie konnte mit einemmal den Gesuchten nicht mehr entdecken. Vielleicht war er in den anderen Salon gegangen. Dort stand gleich neben dem Eingang ein großes Büfett mit den elegantesten Delikatessen, und an einer Kredenz walteten die Diener ihres Amtes, gossen Tee oder Wein ein, je nach dem Wunsch der Gäste, die diese Art der Bedienung riesig nett fanden. Hier standen überall kleine Tischchen für mehrere, und ganz kleine für nur zwei Personen. Man füllte sich seinen Teller am Büfett, ließ sich Tee oder Wein geben und suchte sich dann einen Platz an einem der rosengeschmückten Tischchen. Auch die als Isolde Kostümierte nahm Platz an einem solchen Tischchen, nachdem sie sich am Büfett ein belegtes Brötchen geholt und sich eine Tasse Tee hatte geben lassen. Während sie saß, beobachtete sie jeden der Ankommenden und der schon an den Tischen Sitzenden. Doch der Kavalier aus der Wertherzeit befand sich nicht darunter. Sie war schwer enttäuscht. Hastig trank sie ihren Tee aus und wollte sich nun wieder nach dem anderen Salon begeben, aus dem bereits die Klänge der Musik weich und schmeichelnd kamen. Es wurde ein Walzer von Strauß gespielt, also begann jetzt dort der eigentliche Ball.

Als sie sich gerade erheben wollte, kam eine sehr reizende Norwegerin an ihren Tisch und rief ihr heiter zu: „Du siehst großartig aus, Isolde. Weißt du, daß ich dich kenne?" — Belustigt blickte die Angeredete auf das niedliche blonde Bauernmädchen, dem die norwegische Nationaltracht aus der Hardanger Gegend reizend stand.

„So", erwiderte sie, „du kennst mich, das ist ja sehr schmeichelhaft für mich. Ich kenne dich jedenfalls nicht."

Ein fröhliches Lachen, das zwei Reihen schneeweißer Perlzähnchen enthüllte, ließ sie aufhorchen. Dann lachte auch sie.

„Lena", sagte sie, „jetzt kenne ich dich. Aber woran hast du mich denn gleich erkannt?"

„An deinem wundervollen goldblonden Haar. Weißt du, Melitta, solches Haar gibt es in der ganzen Stadt nicht mehr. Und ich habe es ja oft genug aufgelöst an dir gesehen, als wir beide noch Backfische waren. Auch Elisabeth Falckner habe ich an ihrem Haar erkannt. Die blauschwarze Farbe ist eine Rarität, bei uns wenigstens."

„Was hat denn die hübsche kleine Frau für ein Kostüm gewählt," fragte Melitta scheinbar ganz unbefangen.



Fürst Lwow †,
der ehemalige russische Ministerpräsident.



Austen Chamberlain,
Der englische Außenminister

„Die Nationaltracht der farbenfreudigen Rumänin. Es ist ein echtes Stück mit den herrlichsten Handstickereien und kleidet sie entzückend. Die rumänischen Frauen sind ja bekannt wegen ihrer Schönheit, sie haben wenig vom slawischen Typ, und Frau Elisabeths fein geschnittenes Gesichtchen paßt prozartig für die rumänische Tracht. Nur schade, daß die dumme Halbmaske viel verdeckt. Denke nur," so plauderte die junge Frau harmlos weiter, „meinen Mann habe ich noch nicht entdeckt, wir wollten uns nämlich gegenseitig überraschen und verschwiegen das gewählte Kostüm. Das Sichsuchen macht soviel Spaß."

„Ja, das ist eine famose Idee! Dr. Falckners haben es wohl auch so gemacht? Ich sah übrigens vorhin einen Kavalier aus der Wertherzeit und dachte, das könnte Dr. Falckner sein."

Frau Lena nickte eifrig.

„Siehst du, das dachte ich auch. Es ist jedenfalls seine Figur."

Melitta litt es nun nicht länger auf ihrem Platz. Sie erhob sich und sagte liebenswürdig: „Jetzt mußt du mich aber entschuldigen! Jeder soll sich doch hier auf eigene Faust amüsieren. Und ich verspüre Lust zu einem Tanz."

„Oh, ich auch! Ich tanze doch so gern, besonders wenn es ein Walzer ist. Aus den gräßlichen neumodischen ausländischen Tänzen mache ich mir gar nichts. Hoffentlich gibt es nicht zu viel davon! Also dann wollen wir uns trennen. Ich bin bloß gespannt, wann ich Heinz finden werde. Viel Vergnügen noch!"

Melitta sah der Davoneilenden mit fast spöttischen Blicken nach. Wie heiter und sorglos sie war, dabei lebte sie ein Leben, so spießbürgerlich, als kleine Frau Amtsrichter und als Mutter eines sicher stets schreienden Bengels, daß sie, die schöne, reiche Kommerzienrätin, sich nur mit Grauen ein solches Leben vorstellen konnte.

Sie wartete nun doch noch einige Minuten, ehe sie gleichfalls den Weg nach dem Ballsaal nahm. Als sie die Schwelle überschritt, bot sich ihr ein buntes Bild von Phantasie. Es war ein Märchen! Prickelnd flutete die Musik durch die hohen Räume und die Paare in ihren malerischen, das Auge fesselnden Trachten wirbelten dahin, in seliger Lust, dem Genuß der Stunde hingegeben.

(Fortsetzung folgt.)

Der deutsche Bienenvater Gerstung †.

In Oßmannstedt bei Weimar starb der Pfarrer im Ruhestande Dr. phil. h. c. Ferdinand Gerstung. Gerstungs Name ist in ganz Deutschland und weit darüber hinaus durch seine grundlegenden Studien auf dem Gebiete der Bienenzucht bekannt geworden. Er hat auf diesem Gebiet Außerordentliches und Verdienstvolles geleistet und wurde eine unbestrittene Autorität auf dem Gebiete der Imkerei. Er gründete die „Deutsche Bienenzeitung" sowie eine Fabrik für Imkereiartikel. Sehr tätig war er ferner auf dem Gebiete der religiös-philosophischen Literatur und seine Schriftenreihe „Neue Wege zum alten Gott" hat die weiteste Verbreitung gefunden. Die philosophische Fakultät der Universität Jena würdigte Gerstungs große Verdienste in beiden Richtungen durch Verleihung des Ehrenbürgerrechtes. Der Tod des „deutschen Bienenvaters" wird in weiten Kreisen schmerzliches Bedauern hervorrufen.

*

Ein fliegender Geistlicher.

Das modernste Beförderungsmittel benutzte der Pfarrer auf einer der vielen kleinen Inseln in den Stockholmer Schären, zu dessen Sprengel auch verschiedene Inseln der nächsten Umgebung gehören. Gewöhnlich muß er natürlich den Weg von einer Insel zur andern im Boot zurücklegen; aber einmal war das nicht möglich, da der ganze Schärenbezirk von schweren Schnee- und Eismassen gefüllt war, die jede Schiffahrt verboten. Zur ersten Insel kam er noch, wenn auch mit vieler Mühe, über das Eis; als er aber in die Nachbargemeinde wollte, die seit langem schon keinen Gottesdienst genossen hatte, war guter Rat teuer. Kurz entschlossen wandte sich der Pfarrer telephonisch an die nächste Fliegerstation der Flotte, die ihm sofort ein Flugzeug zur Verfügung stellte. Nach 5 Minuten schon war der Weg durch die Luft zurückgelegt, der sonst Stunden in Anspruch nimmt. Der vorgesehene Gottesdienst konnte allerdings schließlich nicht stattfinden, da die Gemeinde gar nicht auf das Kommen ihres Seelsorgers gerechnet hatte und die Kirche leer blieb. Auch der Rückweg geschah natürlich durch die Luft und der Pfarrer kehrte begeistert von der ersten Flugfahrt seines Lebens wieder heim.



Bunte Bilder von gestern und heute.

Spaziergänge eines Harmlosen.

Von Jobs.

Des Rodensteiners Rache.

Ich hatte wohl manches Jährlein schon
Getränmt in Friedhofs Grunde;
Da plötzlich scholl wie die wilde Jagd
Halli und Hallo in der Runde.

Ein Reitersmann in Koller und Wams,
In Stiefeln und Sporen, potz Wetter!,
Der klopft mit kräftiger Kadenz
An meines Sarges Bretter.

„Steh auf, mein Sohn, ich weiß, Du hast
Im Leben brav getrunken
Und bist nicht allzu oft besiegt
Unter den Tisch gesunken.

Steh auf, Du sollst in dieser Nacht
Dein bretternes Haus verlassen!
Wir wandern mitsammen ins Städtchen hinab
Durch die menschenverlassenen Gassen.

Und wo noch ein spätes Lichtlein blinkt
Durch grüner Läden Spalten,
Dort wollen wir bis die Hähne schrein,
Feuchtfröhlichen Umtrunk halten!"

Das klang mir ins Ohr wie Harfenton.
„Wohlan, es sei, mein Ritter."
Und flink wie ein Heuhupf schwang ich mich
Ueber das Eisengitter.

Und der mich gerufen und der da stand;
Das war — kaum glaubt mirs einer —
War in leibhaftiger Person
Der wilde Rodensteiner.

Ein wackrer Gesell, voll Feuer und Glut,
Nicht miesepetrig und frostig,
Nur seine Stimme klang, wie mir schien,
Ein wenig schnarrend und rostig.

„Du bist ja," sprach er, und drückt mir die Hand,
„In dem Nest da unten zu Hause;
Sag an, wo schenkt man das beste Bier
In urgemütlicher Klause?"

„Das beste? — — Herr Ritter, das Tränklein ist
Vorzüglich, allwo man anklopft,
Und wo aus bräunlicher Fässer Bauch
Ein messingblinkender Hahn tropft.

Die Wirte schänkens um billiges Geld
In steinernen Literkrügen,
Die großen Feldwebel sind verpönt,
Wär's anders, so müßte ich lügen!"

„In Literkrügen?" Die Kunde ging
Dem Ritter lieblich zu Ohren;
Sporklingend wandert er neben mir her,
Wie in Erinnerung verloren.

So gingen wir schweigend unseres Wegs
Bis dort, wo über der Schwelle
Ein Schild in goldenen Lettern prangt:
Das heißt: „Zur guten Quelle".

Wir klopften an und traten ein
Und setzten uns an den Ecktisch;
Ein Kellner fragte nach unserm Begehr,
Mit Mienen blaß und hektisch.

„Bier her!" — Der Rodensteiner rief's
Mit grundgewaltigem Basse:
Das dröhnte als dränge Posaunenton
Aus einem leeren Fasse.

Den blassen Kellner packt das Grann
Ob solcher Stimme Dröhnen;
Schnellfüßig eilt er, durch kühlen Trank
Den Grimmigen zu versöhnen.

Behende wie ein geölter Blitz
Dreht er des Hahnes Zäpfchen
Und kommt und bringt mit bevotem Knix
Zwei winzige Finkennäpfchen.

Viel größer nicht als der Fingerhut
Von einem Zwergenprinzeßchen.
Der Rodensteiner wird teufelswild:
„Das nenn' ich ein übles Späßchen!

Seit wann," so schrie er den Kellner an —
Dem sank das Herz in die Hosen,
„Seit wann verschänkt man den Hopfentrank
In homöopathischen Dosen?"

Dann sprang er zur Theke; mit wuchtiger Hand
Ergriff er das Faß, das gebauchte,
Und hob es zur Höhe und setzte es an
Und trank, daß es dampfte und rauchte.

Er trank, bis der letzte Tropfen den Weg
Durch seine Kehle genommen,
Der Wirt hat für den famosen Trank
Nicht einen Groschen bekommen!



„Herrgott, hat der einen prachtvollen Durst!"
So oder ähnlich dacht ich;
Und just über diesem Gedankengang,
Verehrter Leser, erwacht ich.

Das letztere ist, was mich selber betrifft,
Höchst angenehm und erfreulich;
Die kleinen Fingerhütchen jedoch,
Die Finkennäpfchen, sind greulich!

*

Seetiere in Süßwasser.

Anpassung und Aufenthalt.

Ebenso wie die Uebertragung von Süßwassertieren in Meerwasser fast immer den Tod für diese Tiere bedeutet, weil schon der verhältnismäßig geringe Salzgehalt des Meeres von 3,2 Proz. auf das Zellplasma der Süßwasserbewohner giftig wirkt, so sind auch Anpassungserscheinungen von Meerestieren an den Aufenthalt in Süßwasser selten zu beobachten. Bisher kannte man nur einige wenige Protozoen, Fische und Krebse, die in beiden Medien zu leben vermögen. So z. B. unter den Protozoen die Pantoffel-Muschel und Glockentierchen, unter den Fischen der gemeine Stichling und unter den Krebsen eine kleine, die Seesalzminen bei Greifswald bewohnende Wasserkrebsart, die, wenn der Salzgehalt des Wassers sich vermindert, unbeschadet weiter zu leben vermag, jedoch ihre Gestalte etwas verändert und nunmehr dem ihr nahe verwandten Süßwasserkrebs ähnlich wird. Auch manche Garneelen kommen in Süßwasser sowohl wie in Salzwasser vor, doch auch bei ihnen hat die Zusammensetzung des Wassers gewisse Veränderungen, und zwar Entwicklungsveränderungen zur Folge. Die Garneele verläßt beispielsweise beim Aufenthalt im Meerwasser das Ei im Larvenzustand, während sie im Süßwasser schon in einer ausgesprochenen Krebsgestalt aus dem Ei schlüpft.

Neuerdings ist nun auch der interessante Versuch eines künstlichen Wasserwechsels, d. h. Uebertragung einer Garneele, der Ostseegarneele, aus Salzwasser in süßes Leitungswasser gelungen. Und da die Ostseegarneele bis jetzt noch nie im Süßwasser angetroffen wurde, beweist dieser Versuch zum erstenmal das große Anpassungsvermögen dieser Krebsarten an die zwei ihrer Zusammensetzung nach so verschiedenen Medien. Denn hier zeigte sich im Gegensatz zu der in der Natur zu beobachtenden Lebensweise, wo das Einzeltier doch immer nur an ein gewisses Medium gewöhnt ist, die Anpassung an die andere Wesensart, wenn auch nach langsamer Uebertragung, fast unmittelbar an ein und demselben Tier. Freilebend scheint die Garneele von dieser natürlichen Fähigkeit keinen Gebrauch zu machen.

*

Die schnellsten Tiere.

Ein englischer Zoologe hat eine Reihe von Untersuchungen und Beobachtungen angestellt, die darauf abzielen, die Geschwindigkeit der einzelnen Tiere festzustellen. Wenn alle Vierfüßler der Schöpfung dahin gebracht werden könnten, ein Wettrennen zu veranstalten, so würde der erste Preis dem Windhund schwerlich entgehen, dessen Schnelligkeit häufig 1250 Meter in der Minute übersteigt. Ihm kommt am nächsten das Pferd mit 1160 Metern, die Giraffe mit 900, der Tiger mit 860, das Renntier mit 850, der Wolf mit 570 und der Hase mit 400 Metern. In der geflügelten Welt ist es die Brieftaube, die den Schnelligkeitsrekord mit 1200 Metern in der Minute hält. Ihr kommt am nächsten der Albatros, der hinter dieser Leistung nur wenig zurückbleibt. Was die Fische anbetrifft, die der englische Zoologe gleichfalls zum Vergleich heranzieht, so ist es hier der Delphin, der mühelos in der Stunde 31 Kilometer zurücklegt. Der Lachs durchschwimmt 27, der Hering 22 Kilometer und die Mitte in der Geschwindigkeit hält trotz seiner ungefügen Körpergestaltung und Länge der Wallfisch, der es auf 23 Kilometer in der Stund bringt.

*

Amerika trinkt nach Rezept.

Wie leicht es in den Vereinigten Staaten ist, das Alkoholverbot zu umgehen, und wie oft dies geschieht, zeigt eine Statistik, die das Prohibitionsamt in Washington veröffentlicht. Danach sind in den Apotheken auf mehr als 11 Millionen Rezepte nahezu 1½ Millionen Gallonen Alkohol abgegeben worden. Die Größe dieser Zahlen tritt erst so recht in Erscheinung, wenn man erfährt, daß der Verkauf von Alkohol auf Rezept nur in 27 Staaten der Union gestattet ist. An erster Stelle steht Neuyork mit über 3½ Millionen Rezepten, es folgen Illinois mit 2 Millionen und Kalifornien mit nahezu 1 Million, während Tenessee es nur auf 171 Rezepte gebracht hat. Abgegeben wurde vor allen Dingen Whisky, und zwar 1 347 563 Gallonen, während Wein, Brandy, Gin, Rum in geringeren Mengen, und reiner Alkohol in fast verschwindender Menge verabfolgt worden sind. Die geistigen Getränke, die aus den Apotheken bezogen werden, sind natürlich nicht die einzigen, die in den Verbrauch kommen. Es gibt eine Unmenge kleinerer und größerer geheimer Brennereien, die dem Volk „das Gift" in allen möglichen Formen verabreichen. So kann es nicht wundernehmen, daß in den Kranken- und Irrenanstalten mehr Alkoholiker denn je liegen. Auch Vergiftungen durch Methylalkohol und andere teils verfälschte, teils giftige Spiritusarten haben ungeheuer zugenommen. — Das völlige Alkoholverbot scheint demnach doch ein zweischneidiges Schwert zu sein.